

Ausgabe Nr. 1

Freiheit & Verantwortung

Das Magazin für eine
optimistische und
selbstsichere Schweiz



Die Schweiz im strategischen Dilemma

Von Dr. Valentin Gerig, Geschäftsleiter der Stiftung Freiheit und Verantwortung

Liebe Leserinnen und Leser

Freiheit und Verantwortung ist der neue Name unseres Magazins, das von der Stiftung Freiheit und Verantwortung herausgegeben wird. «Freiheit und Verantwortung» fasst auch das strategische Dilemma zusammen, das sich der Schweiz angesichts des Krieges in der Ukraine, den Unterstützungsleistungen des Westens für das angegriffene Land und die von der Schweiz abgelehnten Munitions- und Waffenlieferungen ausgesetzt sieht.

Die Ziele des Staates Schweiz sind in Artikel 2 unserer Bundesverfassung festgehalten. Es sind dies an erster Stelle Freiheit, Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes. Die Neutralität wird erst viel später in den Artikeln 173 und 185 der Bundesverfassung erwähnt. Neutralität ist kein Ziel des Staates, sondern unsere sicherheits- und aussenpolitische Doktrin. Sie gibt vor, wie die obersten Staatsziele erreicht werden sollen. Angesichts der aktuellen Umstände und den im Inland wie auch international geäusserten Erwartungen an die Schweiz wird die Frage aufgeworfen, ob diese Doktrin auch für die Zukunft die richtige ist oder wie sie heute ausgelegt und umgesetzt werden muss. Dazu braucht es einen echten gesellschaftlichen Diskurs. Weshalb? Die Gesellschaft, die Abhängigkeiten der Schweiz von der internationalen Staatengemeinschaft und der globalisierten Wirtschaft und auch

die Werthaltungen in der Gesellschaft haben sich seit Unterzeichnung des Vertrages von Paris, in welchem die europäischen Grossmächte 1815 die immerwährende Neutralität der Schweiz anerkannt und die Unverletzlichkeit unseres Territoriums garantiert hatten, verändert. Ein Diskurs ist notwendig, aber nicht hinreichend. Ziel muss es sein, eine von der Mehrheit getragene Doktrin zu formulieren, wie die Schweiz mit den modernen Konfliktformen (ob zwischenstaatlich, innerstaatlich, hybrid, bewaffnet oder rein wirtschaftlich) umzugehen gedenkt. Das Magazin in Ihrer Hand und die darin angekündigte öffentliche Veranstaltung vom 27. Juni 2023 zum Thema «Der Wert der Neutralität» in Luzern sind Beiträge unserer Stiftung Freiheit und Verantwortung dazu.

Noch während des Diskurses um die Neutralität müssen wir die Verantwortung für unsere Sicherheit wahrnehmen und auf die neue sicherheitspolitische Ausgangslage in Europa reagieren. Unsere sicherheitspolitischen Instrumente – vor allem die Armee – sind wieder auf die *Verteidigung* der Staatsziele auszurichten. Dazu brauchen wir ein umfassendes Konzept zur Verteidigung gegen die grössten existentiellen Risiken und Bedrohungen. Wir brauchen ein *Gesamtverteidigungskonzept*, wie es der Bundesrat am 27. Juni 1973 dem Parlament präsentiert hatte. Dies zuerst auf Papier und dann bis Anfang der 2030er Jahre in die Realität umgesetzt. ■

Die Schweizer Neutralität - ein Friedensprojekt erster Güte

Dr. phil. René Roca, Forschungsinstitut direkte Demokratie

Einmal mehr steht die schweizerische Neutralität unter starkem Druck. Das letzte Mal war das Anfang der 1990er Jahre der Fall, nach dem Ende des «Kalten Krieges». Der amerikanische Politologe Francis Fukuyama rief damals das «Ende der Geschichte» aus. Er bezog sich dabei auf Hegels Geschichtsphilosophie die tatsächlich zu einem Ende im Sinne einer letzten Synthese führt, wo es, so Fukuyama, keine weltpolitischen Widersprüche mehr gebe, sondern nur noch Frieden und Demokratie. Fukuyama veröffentlichte seine These erstmals im Sommer 1989 und wurde bereits im Januar 1991 widerlegt, als eine Koalition von kriegswilligen Ländern unter der Führung der USA den Ersten Golfkrieg initiierte. Die Schweiz kam dabei neutralitätspolitisch ins Schleudern, rückte schliesslich von der integralen Neutralität ab und beteiligte sich an den Wirtschaftssanktionen gegen den Irak. Seither gilt für die Schweiz die differenzielle Neutralität, derweil die USA praktisch permanent Krieg führen. Jetzt ist die Schweizer Neutralität angesichts des Ukraine-Krieges wieder im Fokus der Weltpolitik und läuft Gefahr, völlig inhaltsleer zu werden.

Definition, Inhalt und Ziele

Im Grunde bedeutet Neutralität die Nichtbeteiligung eines Staates an einem Krieg anderer Staaten. In diesem Sinne finden sich bereits im Alten Testament, in der griechischen und römischen Antike, im Mittelalter und in der frühen Neuzeit Beispiele für Neutralität. Die Schweiz praktizierte die Neutralität seit der frühen Neuzeit und trug wesentlich zu ihrer inhaltlichen Ausgestaltung bei. Die Geschichte der schweizerischen Neutralität ist im Rückblick für das Land, Europa und global betrachtet eine Erfolgsgeschichte, auch wenn Brüche und Widersprüche immer wieder festgestellt werden können. Die Bürgerinnen und Bürger der Schweiz mussten sich den Wert der Neutralität im Laufe der Zeit immer wieder vergewissern und vermochten auf diese Weise die Existenz des Landes zu sichern und den Krieg fern zu halten. Andere Länder brachten der schweizerischen Neutralität nicht immer nur Sympathien entgegen. Das humanitäre Engagement der Schweiz schwächte aber oft solche Kritik merklich ab. Dieses Engagement zeigt sich besonders im Einsatz des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK) oder der Guten Dienste. Als zentrales Ziel lässt sich aus der Geschichte die Wahrung des inneren und äusseren Friedens sowie des Gemeinwohls ableiten.

«Stillesitzen» kennzeichnet die alteidgenössische Neutralität

Die Neutralität entwickelte sich schrittweise mit dem Wachsen der schweizerischen Eidgenossenschaft seit 1291. Wichtig waren dabei immer innen- und aussenpolitische Gründe. Als zum Beispiel Basel 1501 dem Staatenbund beitrug, wurde der neue Bündnispartner für den Fall von Konflikten zwischen den Orten zum «Stillesitzen» und zur Vermittlung verpflichtet. Erfahrungen der Acht Alten Orte führten zu diesen Forderungen, die dem friedlichen Zusammenleben und konstruktiven Miteinander dienten. Eine aussenpolitische Erfahrung, welche

eine fundamentale Kehrtwendung bewirkte, war 1515 die Niederlage in der Schlacht von Marignano. Dieser desaströse Krieg führte zur Festigung der föderativen Struktur der Eidgenossenschaft und zur Absage an eine zielbewusste, gemeineidgenössische Expansionspolitik. «Stillesitzen» und Vermittlung, welche beides im menschlichen Miteinander innenpolitisch den Frieden wahrt, wurden nun auch aussenpolitisch wichtig und führten letztlich zur ersten offiziellen Neutralitätserklärung der Tagsatzung aus dem Jahre 1674.

Noch waren aber viele Fragen ungeklärt, da das eigentliche Völkerrecht erst seit dem 17. Jahrhundert vor allem von Hugo Grotius und Emer de Vattel, einem Vertreter der Westschweizer Naturrechtsschule, entwickelt wurde. So war der Abschluss von Defensivbündnissen nach wie vor zulässig und die Eidgenossenschaft war in zahlreiche Allianzen verstrickt. Das führte zu Widersprüchen und machtpolitischen Interessen lähmten immer wieder eine friedliche Entwicklung. Auch das Söldnerwesen, für das die Schweiz berühmt war, förderte nicht gerade eine Aussenpolitik, die auf Vertrauen aufbaute. Trotzdem brachte die erklärte Neutralität der Schweiz zunehmend die angestrebte Einheit und das konfessionell gespaltenen, mehrsprachigen Land konnte sich nach der völkerrechtlichen Anerkennung der Souveränität im Westfälischen Frieden (1648) relativ unabhängig entwickeln. Der Eidgenossenschaft gelang es dann auch gut, sich aus den europäischen Glaubens-, Eroberungs- und Erbfolgekriegen der frühen Neuzeit herauszuhalten. Mit dem Dreissigjährigen Krieg (1618-1648) nahm mit der Defensionale von Wil (1647), der ersten gesamteidgenössischen Wehrordnung, die bewaffnete Neutralität immer mehr Gestalt an.

Der Wiener Kongress bringt 1815 die immerwährende Neutralität

Im Rahmen der Helvetik ab 1798 und der Herrschaft von Napoleon musste die Schweiz bis 1815 ihre Neutralität preisgeben. Die Folgen waren verheerend: sie wurde zum Kriegsschauplatz, zum besetzten Land und musste militärische Durchmärsche erdulden. Erst nach der Niederlage Napoleons I. wurde die Schweiz wieder zu einem souveränen Land. Die Delegation der Eidgenossen auf dem Wiener Kongress (1814-1815) erreichte, obwohl sie zerstritten war, zum erstenmal offiziell die völkerrechtliche Anerkennung der immerwährenden Neutralität sowie die territoriale Unverletzlichkeit der Schweiz. Die damaligen Grossmächte Österreich, Frankreich, Grossbritannien, Preussen und Russland garantierten der Schweiz dieses Recht, ohne dass ein Interventionsrecht derselben abgeleitet werden konnte (2. Pariser Friede). Diese international bis heute geltende Verpflichtung war dem Willen, in Europa eine Art «Gleichgewicht» herzustellen, geschuldet, aber von der Schweiz ausdrücklich gewollt und ihr nicht «gnädig gewährt» worden, wie immer wieder behauptet wird.

1848 folgte dann nach dem Sonderbundskrieg mit der Gründung des Bundesstaates die Festigung der Neutralität, obwohl die Verfassungsväter sie nicht explizit in der Bundesverfas-

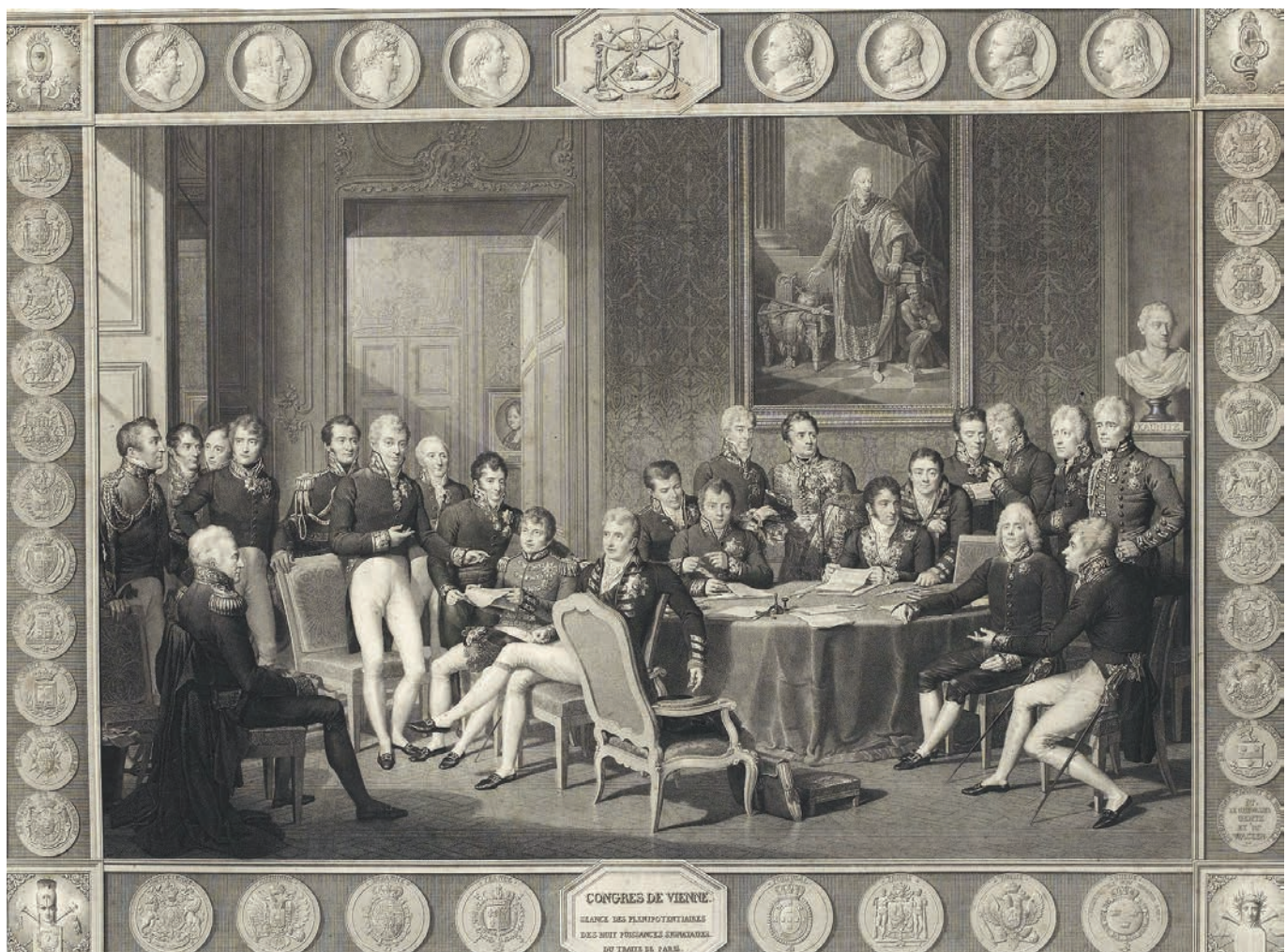
sung verankerten. Sie war dann für die folgenden Jahrzehnte eminent wichtig, damit sich die Schweiz als multikulturelles Land mit mehreren Sprachen im Zuge der Bildung von Nationalstaaten (vor allem Italien und Deutschland) behaupten konnte. Die Schweizer Neutralität wurde in der Folge durch das Verbot der Kantone, Bündnisse mit dem Ausland einzugehen, und dem Verbot fremder Solddienste (1859) gestärkt. Die Schweiz war damals die einzige Republik in einem «Meer von europäischen Monarchien» und damit nicht ungefährdet. Das wachsende Nationalbewusstsein und die Bereitschaft, das Land gegen Angreifer zu verteidigen, führten das Land aber gut durch zahlreiche Schwierigkeiten. Dabei half, dass die Schweiz bei Konflikten nicht einfach abseits stand und zuschaute, sondern entscheidende humanitäre Initiativen ergriff, so etwa 1871 bei der Evakuierung der Zivilbevölkerung aus dem belagerten Strassburg und der Aufnahme der Bourbaki-Armee, beides während des Deutsch-Französischen Krieges. Zudem regte die Schweiz damals erstmals ein Schutzmacht-Mandat an und entwickelte eigenständig Schiedsverfahren zur friedlichen Streitbeilegung. Die Gründung des Roten Kreuzes und die erste Genfer Konvention 1864 legten den Grundstein für ein nachhaltiges humanitäres Engagement der Schweiz, das sie nicht zuletzt wegen der Neutralität glaubwürdig ausüben konnte.

Die Haager Konventionen von 1907 schliesslich legten unter anderem das Neutralitätsrecht fest. Die ersten beiden Artikel dazu lauten: «Das Gebiet der neutralen Mächte ist un-

verletzlich.» (Art. 1) und: «Es ist den Kriegführenden untersagt, Truppen oder Munitions- oder Verpflegungskolonnen durch das Gebiet einer neutralen Macht hindurchzuführen.» (Art. 2) Des Weiteren gilt für die Neutralen neben der Nichtteilnahme an Kriegen ein Bündnisverbot und abgesehen von einzelnen Ausnahmen haben sie das Recht, den wirtschaftlichen Verkehr mit allen Kriegführenden aufrecht zu erhalten. Freilich justierte die Schweiz die Neutralitätspolitik im Strudel der Weltgeschichte fortan immer wieder neu, musste aber darauf achten, die Berechenbarkeit und Glaubwürdigkeit ihrer dauernden, bewaffneten Neutralität zu gewährleisten.

Die beiden Weltkriege als Bewährungsprobe

Insgesamt stärkte der Erste Weltkrieg die Integrationskraft der Neutralität und sorgte für einen besseren inneren Zusammenhalt, der zu Beginn des Krieges noch sehr labil war. Ausserdem baute die Schweiz die Guten Dienste aus, vertrat mit 25 Mandaten diplomatische Interessen anderer Länder und förderte so die Streitschlichtungen zwischen ihnen. Der Beitritt der Schweiz zum Völkerbund 1920 veränderte die Neutralitätspolitik entscheidend: Die Schweiz wurde zwar von der Teilnahme an militärischen, nicht aber bezüglich wirtschaftlicher Sanktionen befreit. Neu definierte sich nun die Neutralität als «differentielle». Genf konnte sich als Sitz des Völkerbundes profilieren und die Schweiz, reich an eigenen Erfahrungen, setzte sich insbesondere für die Etablierung von Schiedsverfahren ein. Im Verlaufe der 1930er Jahre geriet der



Frankreich, Österreich, Preussen und England treffen aufeinander, um nach der Vertreibung Napoleons I. über eine neue Balance in Europa zu entscheiden.

Völkerbund mit dem Aufkommen von totalitären Systemen in eine schwierige Lage. Die Austritte Japans, Deutschlands und Italiens bewogen die Schweiz schliesslich zur «integralen Neutralität» zurückzukehren, was sie von wirtschaftlichen Sanktionsverpflichtungen entband.

Im Zweiten Weltkrieg war die Schweiz ab 1940 umgeben von totalitären Mächten und in ihrer Existenz bedroht. Die Angriffspläne der Achsenmächte waren ausgearbeitet, wurden aber aus verschiedenen Gründen nicht in die Tat umgesetzt. Die Schweiz war angewiesen auf die Importe von lebenswichtigen Gütern, das verlangte gemäss Neutralitätsrecht aber zwingend nach Gegenleistungen. Die sehr schwierige Kriegssituation führte dazu, dass die Schweiz das Neutralitätsrecht nicht immer getreu den Buchstaben umsetzte, so kontrollierte sie etwas den Transitverkehr zwischen Deutschland und Italien ungenügend. Ebenfalls eine Verletzung der Neutralität war die Duldung der amerikanischen Nachrichtenzentrale in Bern. Die Kriegsparteien hielten sich allerdings auch nicht immer an das Neutralitätsrecht und bis zum Ende des Krieges zählte man zahlreiche Verstösse, so zum Beispiel die Verletzung des schweizerischen Luftraumes durch die Alliierten. Die Realität des Krieges zeigte deutlich, wie schwierig es ist, einerseits das Neutralitätsrecht einzuhalten und andererseits eine besonnene Neutralitätspolitik zu verfolgen. Was für die Schweiz nie zur Disposition stand, waren das humanitäre Engagement

und die Guten Dienste des Landes. Noch nie war dieser Einsatz so gross: Das IKRK beschäftigte neben weiteren Aufgaben 4000 Personen zur Betreuung von Kriegsgefangenen und für das Auffinden von Vermissten. Im Rahmen der Guten Dienste betreuten 1200 Personen 319 Einzelmandate für 35 Länder.

Der Kalte Krieg und die Bedeutung der Neutralen

Nach dem Zweiten Weltkrieg geriet das Ansehen der neutralen Länder in eine arge Krise. Ähnlich wie heute gab es Stimmen, die das Neutralitätsrecht als obsolet betrachteten, da es in Kriegszeiten durch zahlreiche Verstösse geschwächt worden war. Diese Krise der Neutralität währte allerdings nicht lange und viele schätzten bald den Wert der Neutralität im Blocksystem des Kalten Krieges wieder als hoch ein. Die blockfreien Länder sahen sich alle als «Neutrale» im Kampf zwischen Ost und West. Die Bewegung der Blockfreien setzte sich für Frieden und Abrüstung ein, was 1975 in der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, seit 1995 OSZE) gipfelte, welche die Schweiz entscheidend mitgeprägt hatte. Diese blockübergreifende Konferenz, bei der 35 Staaten, namentlich die USA, Kanada, die Sowjetunion und praktisch alle europäischen Staaten beteiligt waren, bestätigte für alle Teilnehmerstaaten «das Recht auf Neutralität». Mit der KSZE waren die neutralen und blockfreien Staaten verantwortlich für die Entspannungspolitik und nahmen erfolg-



Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, 1975

reich eine Vermittlerrolle im Ost-West-Gegensatz ein. Im Zuge dieser Entwicklung gelang es schliesslich, das Ende des Kalten Krieges einzuleiten.

Aus neutralitätspolitischen Überlegungen hielt die Schweiz lange Distanz zu den Vereinten Nationen (UNO) und zur Europäischen Gemeinschaft. Sie trat schliesslich 1963 dem Europarat bei und legte den Grundstein für die «Europäische Freihandelsassoziation» (EFTA), einem Wirtschaftsbündnis, das nicht supranational geprägt war. Im Rahmen der aussenpolitischen Devise «Neutralität und Solidarität» verstärkte die Schweiz ihren Einsatz für die Guten Dienste (u.a. Kuba und Iran) und etablierte sich als feste Grösse, um wichtige Abrüstungs- und Friedenskonferenzen auf «neutralem Grund» zu initiieren und zu organisieren.

Erosion nach 1989

Wie eingangs erwähnt, kehrte die Schweiz nach dem Ende des Kalten Krieges und mit dem Ersten Golfkrieg 1991, der vom Sicherheitsrat der UNO sanktioniert wurde, zur differentiellen Neutralität zurück. In den folgenden Kriegen blieb das Land bei dieser Haltung. Im Bosnien-Krieg 1995 gewährte die Schweiz den kriegsführenden Ländern (IFOR/SFOR) Transitrechte und entsendete Friedenstruppen, die später sogar bewaffnet wurden. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der NATO gegen Serbien 1999 führte nicht dazu, dass die Schweiz ihre nicht-militärischen Sanktionen gegen Jugoslawien beendete, allerdings gewährte sie der NATO keine Transitrechte. Nach dem Krieg beteiligte sich die Schweiz an der Friedenstruppe KFOR. Im völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak 2003 führte die Schweiz ihre differenzielle Neutralitätspolitik weiter, indem sie die Wirtschaftssanktionen gegen den Irak fortsetzte, allerdings leistete sie wie in jedem Konflikt humanitäre Hilfe in der Krisenregion. 2002 trat die Schweiz der UNO bei und versuchte, ihre Neutralität mit einer separaten Erklärung zu wahren. Bereits seit 1996 ist die Schweiz in die «NATO-Partnerschaft für den Frieden» integriert, was neutralitätspolitisch als sehr heikel bezeichnet werden muss und neutralitätsrechtlich in eine graue Zone führt.

Mit der Neutralität wieder eine aktive Friedenspolitik betreiben

Um diese Erosion zu stoppen und die Neutralität wieder mit Inhalt zu füllen, muss die Schweiz zur integralen Neutralität zurückkehren. Die Schweizer Neutralität hat in Friedens- wie in Kriegszeiten eine ungeheuer wichtige Dimension, denn, wie der Schweizer Historiker Wolfgang von Wartburg schreibt: «Es muss einen Ort auf der Welt geben, der ausschliesslich dem Frieden dient.» Nur so können das IKRK und die Guten Dienste ihre Wirkung voll entfalten, ansonsten wird deren Glaubwürdigkeit weiter eingeschränkt, zum Leidwesen der Zivilbevölkerung in zahlreichen Konflikten. Das Neutralitätsrecht verpflichtet zwar ausschliesslich den Staat und nicht die Wirtschaft. Um aber die Neutralität politisch wieder glaubwürdig auszugestalten, muss die Wirtschaft integral einbezogen werden. So sollte beispielsweise ein allgemeines Waffenausfuhrverbot durchgesetzt werden. 1972 nahm die Schweizer Bevölkerung nur knapp eine solche Volksinitiative nicht an (49,7 % stimmten zu, Stände lehnten ab). Das ein Jahr später erlassene Gesetz, das die Ausfuhr von Kriegsmaterial einschränkte, wurde in den letzten Jahrzehnten laufend verwässert. Immerhin werden nun ab dem 1. Mai 2022 die Kriterien für Waffenexporte neu auf der Gesetzesebene verankert, statt wie bisher bloss in der Kriegsmaterialverordnung. Weiter sollten Gesetze



Zum Autor

René Roca, Dr. phil., studierte nach einer kaufmännischen Lehre und der Matura allgemeine Geschichte, Germanistik und Philosophie an der Universität Zürich und erwarb das Diplom für das Höhere Lehramt. Er unterrichtete Geschichte zunächst in Luzern und Zürich und seit 2003 am Gymnasium am Münsterplatz in Basel. Er gründete 2006 das «Forum zur Erforschung der direkten Demokratie», das er später zum «Forschungsinstitut direkte Demokratie» weiterentwickelte. Dieses verfolgt den Zweck, auf dem Gebiet der direkten Demokratie und anverwandter Themen weitere Forschungen zu initiieren. In Rahmen der Institutstätigkeit hält er Vorträge, organisiert wissenschaftliche Tagungen und ist publizistisch tätig.

gegen Geldwäscherei und Potentatengelder verschärft und rigoros durchgesetzt werden. Die Schweizer Wirtschaft, besonders die Exportwirtschaft, sollte so konsequent wie möglich friedenserhaltend und -fördernd wirken. Nur so würde eine integrale Neutralität glaubwürdig bleiben und könnte ihren Segen entfalten.

Die Schweizer Bevölkerung steht mit grosser Mehrheit hinter der Neutralität, und das wird auch so bleiben, falls das Land eine offensive Neutralitätspolitik verfolgt. Sie muss wieder eine konsequente und unverdächtige Arbeit für den Weltfrieden aufbauen und proaktiv auf Länder, die sich in kriegerische Konflikte verstricken, zugehen. Dabei geht es nicht um Gesinnungsneutralität, aber um den grundsätzlichen Verzicht auf Machtpolitik. Auf diese Weise kann die Schweiz ihre aussenpolitische Unparteilichkeit wahren und die universelle Friedenspolitik am besten fördern. Mit einer solchen neuen Ethik des «Stillesitzens» und der Vermittlung bliebe die Schweiz ein Vorbild für andere Länder, die – wie 1955 Österreich – die Neutralität als Grundsatz verankern müssten. Dies gilt heute auch für die Ukraine, die mit einer Neutralitätserklärung ihrer Region Frieden und Entwicklung und nicht weiter Krieg und Gewalt bringen könnte. ■

Die Neutralitätsinitiative ist der richtige, notwendige Schritt!

Von Werner Gartenmann, Geschäftsführer Pro Schweiz und Neutralitätsinitiative

Der Stresstest!

Seit mehr als fünfhundert Jahren gründet die Aussenpolitik der Schweiz auf der Neutralität. Kein anderer Staat konnte seinen neutralen Status so lange und so erfolgreich durchsetzen. Aktuell ist die Neutralität wieder in aller Munde und unterliegt einem enormen «Stresstest». Der russische Angriff auf die Ukraine hat uns alle aus dem Schönwetter-Modus gerissen. Und nehmen wir es vorweg: Der Einfall der russischen Armee und ihren Söldner-Firmen ist völkerrechtswidrig, ist verabscheuungswürdig und klar zu verurteilen. Und es sei auch hier vorweggenommen: Die meisten Kriege der letzten Jahrzehnte waren nicht vereinbar mit den völkerrechtlichen Grundlagen. Dazu stehen wir als freie Schweizerinnen und Schweizer, denn wir haben keine Gesinnungsneutralität. Aber die Schweiz als Staat hat aufgrund ihrer Geschichte, ihren Verpflichtungen und ihres Wesens eine andere Rolle einzunehmen.

Gewollte Verunsicherung!

Die Geschichte der Neutralität ist in Grundzügen nach wie vor einigermaßen bekannt. Einigermaßen deshalb, weil die Neutralität, ihre Geschichte, ihre Entwicklung, ihre Handhabung,

ihre Bedeutung und ihre Chancen praktisch aus dem Alltag der Schweizer Schulbildung verschwunden sind. Und diese Entwicklung ist gewollt. Gerade in der Schule können Grundlagen geschaffen werden, welche die Zukunft eines Landes beeinflussen. So machen es Diktaturen, aber auch Demokratien wie die Schweiz. Die Frage bleibt, was wird gelehrt? Der Einfluss des Zeitgeistes hat in den letzten Jahrzehnten massiv gewirkt. Grundlegende Werte der schweizerischen Eidgenossenschaft, wie die direkte Partizipation der Bürgerinnen und Bürger am politischen Geschehen, der Föderalismus und die bewaffnete, immerwährende Neutralität, wurden von politischen Kräften hinterfragt, welche die Schweiz in die Europäische Union (EU) und in die NATO führen wollen. Die Schweiz hat ihre Grundsäulen über Jahrhunderte erarbeitet – teils auch mit blutigen Auseinandersetzungen. Die Schweiz hat das Verständnis einer Eidgenossenschaft geschaffen, die auf dem Willen nach Freiheit, gegenseitigem Respekt und gegenseitiger Hilfeleistung gründet. Dieses «Ur-Gen» ist – ob man will oder nicht – immer noch aktiv. Sonst hätte das Schweizer Volk – der Souverän – längst den Weg des geringsten Widerstandes gewählt und sich politisch in die EU integriert sowie sicherheitspolitisch der NATO unterstellt.

Der Schönwetter-Modus ist vorbei!

Globalisierung, ökonomische und geldpolitische Verwerfungen, der Drang, die Mündigkeit der Menschen in Wohlfühl-Korsetts zu zwingen (das wollten die Nationalsozialisten und die Lenin-Stalin-Kommunisten), der Wunsch selbsternannter Eliten, die Menschheit in global wirkende Gesundheits- und Öko-Klima-Managements zu zwingen, gesellschaftliche Infragestellungen von bürgerlichen Werten wie «Frau-Mann-Familie» und «freiheitlicher Eigenverantwortung», der rücksichtslose Forderungskatalog von Minderheiten, die ihr Lebensmodell ohne Schranken verwirklichen wollen, bedrängen den Kern der Schweiz. Der Ukraine-Krieg hat uns zudem drastisch vorgeführt, dass brutale konventionelle Kriege ohne Rücksicht im europäischen Einzugsgebiet nach wie vor möglich sind. Die Luftschlösser vom «ewigen Frieden» und von «netten Nachbarn» liegen in Trümmern. Die fahrlässig gewollte Abrüstung in Europa, aber auch in der Schweiz, ist das Zeugnis von Naivität, Lebensrealität lähmendem Idealismus und purer Ignoranz. Auch das unvorbereitete Hineinschlitteln in die sogenannte «Corona-Pandemie» hat gezeigt, «gouverner c'est prévoir» ist einem «Laissez-faire» gewichen. Jetzt werden wir nervös, verunsichert, orientierungslos, gestresst, übermütig.

«Bizarre Panzerdiskussionen» als aussenpolitisches Ziel?

Wer lautstark fordert, die Schweiz müsse direkt und indirekt mit der Aufhebung von Wiederausfuhr-Verboten Waffen an die Ukraine liefern, treibt ein gefährliches und heuchlerisches Spiel. Dazu gehört auch der «Trick», stillgelegte Schweizer Kampfpanzer an Staaten zu liefern, die ihre eigenen Panzer in die Ukraine liefern. Diese Forderungen haben nicht das Ziel, der Ukraine zu helfen. Sie sind Teil eines innenpolitischen



Zum Autor

Werner Gartenmann

Verheiratet, 1 Tochter, Matten bei Interlaken, Geschäftsführer Pro Schweiz seit Februar 2023

Vorher Geschäftsführer SVP des Kantons Zürich, der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS); Oberstleutnant aD, a. Gemeinderat, Präsident SVP Kreisverband Interlaken-Oberhasli, Regionaler Führungstab, verschiedene Vereins- und Komitee-Präsidenzen im politischen Umfeld.

Kampfes gegen die Neutralität. Eine grundsätzliche Änderung und eine vorübergehende Anpassung bei den Wiederausfuhrregelungen im Kriegsmaterialgesetz (KMG) sind strikt abzulehnen. Während der letzten eidgenössischen Frühjahrssession verharteten politische Vertreter der FDP, der GLP, der Mitte und der SP in einer bizarren «Panzerdiskussion» und verfielen dem Narrativ, die Lieferung von Kriegsmaterial schweizerischer Herkunft sei für den Kriegsverlauf in der Ukraine entscheidend, was lächerlich ist. In der Frage der Waffenlieferungen blieb der Bundesrat standhaft. Zum Glück stärkte die Parlamentsmehrheit der Landesregierung den Rücken und lehnt direkte und indirekte Lieferungen von Kriegsmaterial aus Schweizer Produktion ab.

Der Bundespräsident und sein «Rausch»!

Bis vor kurzem noch der «Lieblingsbundesrat» der Boulevard-Presse, wurde Bundespräsident Alain Berset nicht nur von Medienschaffenden, sondern von der eigenen Partei wegen Äusserungen zur Neutralität massiv kritisiert. Bemerkenswert ist die Schelte der SP, deren Urväter gerne zu den kommunistischen Autokraten nach Ost-Berlin und Moskau «pilgerten», obwohl die damalige Sowjetunion unter russischer Führung Ungarn und die Tschechoslowakei völkerrechtswidrig überfallen haben. Die Schweiz rüstete sich damals gegen die drohende Gefahr aus dem Osten, was die Genossinnen und Genossen in Bern systematisch bekämpft haben. Fast täglich zeigt sich die Fratze einer mehr als heuchlerischen Politik.

Alain Berset stellte in einem Interview in der NZZ am Sonntag vom 12. März 2023 fest, dass der «harte Kern» der Neutralität bewahrt werden müsse. Er sehe darin eine Verpflichtung gegenüber der Völkergemeinschaft. Berset redet in keiner Weise von einem feigen Rückzug ins Schneckenhaus, im Gegenteil: «Es geht darum, wofür die Neutralität steht: Das Bekenntnis zum humanitären Recht und zu den Menschenrechten, den Schutz der Zivilbevölkerung, den Schutz der Genfer Konventionen.» In diesem Zusammenhang verortet er in der innenpolitischen Diskussion der Schweiz einen gewissen «Kriegsrausch». Medienschaffende versuchen auf unlautere Weise, diese Aussage von Berset gegen das Ausland zu richten und so die Hetze gegen die Schweiz zu verstärken. Der Bundespräsident sah sich anschliessend veranlasst, den Begriff «Rausch» zu relativieren, bleibt aber bei seinen neutralitätspolitischen Grundaussagen.

Die Aufgabe der Schweiz ist akut gefährdet!

Nachdem der Ständerat und der Nationalrat in der vergangenen Frühlingssession verhindert haben, dass Schweizer Kriegsmaterial neutralitätswidrig direkt und indirekt an Kriegsparteien geliefert werden kann, überwies eine Mehrheit im Nationalrat eine Motion, die vom Bundesrat verlangt, dass die Schweiz EU-Sanktionen gegen den Iran übernehmen müsse. Der Aktivismus von Teilen des Parlamentes in der Aussenpolitik und besonders in der Neutralitätspolitik geht also weiter. Der Bundesrat lehnte bis jetzt weiterführende Sanktionen gegen den Iran ab. Mit gutem Grund, weil die neutrale Schweiz die Interessen der USA in Teheran vertritt. Dieses Schutzmandat ist gerade in der aktuellen Situation in der Golfregion und im Iran von höchster Bedeutung. Die Machenschaften des Regimes im Iran gegen die eigene Bevölkerung sind zu verurteilen. Aber die aussenpolitische Profilierungssucht von Parlamentariern bringt niemandem einen Nutzen. Eine Übernah-

me der EU-Sanktionen gegen den Iran machen die Neutralität völlig unglaubwürdig und gefährden den Dialog mit Teheran.

Jetzt handeln. Kompass justieren!

Die Neutralität steht auf dem Prüfstand. EU- und NATO-Beitrittsbefürworter wittern Morgenluft. Ihr Credo lautet, nur gemeinsam könnten Werte wie Freiheit, Demokratie und Menschenwürde verteidigt werden. Und das altbekannte Rezept, den Kern der Neutralität zusehend auszuhöhlen, bis nur noch eine Hülle vorhanden ist, ist aufgewärmt. Der Bundesrat hat auf ausländischen Druck voreilig und unbedacht die EU-Sanktionspakete übernommen. Spätestens zu diesem Zeitpunkt



Die Bundesverfassung

wurde es klar, dass der Kerninhalt der schweizerischen Neutralität in der Bundesverfassung verankert werden muss.

Bis anhin erwähnte die Bundesverfassung die Neutralität nur als Aufgabe:

Art. 173 Weitere Aufgaben und Befugnisse

¹ Die Bundesversammlung hat zudem folgende Aufgaben und Befugnisse:

- a. Sie trifft Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz.

Art. 185 Äussere und innere Sicherheit

¹ Der Bundesrat trifft Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz.

Offenbar genügen die Aufträge nicht mehr. Angesichts der aktuellen neutralitätspolitischen Debatten im Inland und dem ausländischen Druck ist es von grösster Bedeutung, die Eckpfeiler der bewährten schweizerischen Neutralität in der Bundesverfassung zu verankern. Die Übernahme der EU-Sanktionen sowie die von Teilen des Parlaments initiierten Vorstösse für die Weitergabe von Kriegsmaterial mit Schweizer Herkunft zeigen drastisch, wie die Neutralität relativiert werden soll. Die Glaubwürdigkeit der Aussenpolitik und somit der Neutralität hat im Ausland zum Schaden der humanitären und friedensdiplomatischen Tradition der Schweiz stark gelitten.

Die Initiative definiert den Kerninhalt der schweizerischen Neutralität, welchen die Schweiz in den letzten 200 Jahren erfolgreich umgesetzt hat.

Da der gemeinsame Nenner, was die Eidgenossenschaft zusammenhält und wohin sie geführt werden muss, aktuell fehlt, ist es dringend, dass die Neutralitätsinitiative den bewährten Weg mit klaren Eckwerten definiert:

Wortlaut Neutralitätsinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität»

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 54a Schweizerische Neutralität

1) Die Schweiz ist neutral. Ihre Neutralität ist immerwährend und bewaffnet.

2) Die Schweiz tritt keinem Militär- oder Verteidigungsbündnis bei. Vorbehalten ist eine Zusammenarbeit mit solchen Bündnissen für den Fall eines direkten militärischen Angriffs auf die Schweiz oder für den Fall von Handlungen zur Vorbereitung eines solchen Angriffs.

3) Die Schweiz beteiligt sich nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten und trifft auch keine nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen gegen kriegführende Staaten. Vorbehalten sind Verpflichtungen gegenüber der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) sowie Massnahmen zur Verhinderung der Umgehung von nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen anderer Staaten.

4) Die Schweiz nutzt ihre immerwährende Neutralität für die Verhinderung und Lösung von Konflikten und steht als Vermittlerin zur Verfügung.

Absatz 1 verlangt, dass die Neutralität nicht verhandelbar ist und sie notfalls mit Waffengewalt durchgesetzt wird.

Absatz 2 bestimmt, die Schweiz tritt keinem Bündnis wie der NATO oder EU-Programmen wie der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und PESCO (Permanent Structured Cooperation) mit dem Ziel einer EU-Armee bei. Nichts neues ist die Feststellung (cf Absprache von General Guisan mit Frankreich im Fall eines deutschen Angriffs auf die Schweiz), wenn die Schweiz militärisch bedrängt wird, wird die militärische Zusammenarbeit zur Option.

Absatz 3 bekräftigt die Einhaltung des Neutralitätsrechts, das in den Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 kodifiziert wurde. Es legt die Rechte und Pflichten eines neutralen Staates fest. Da die Schweiz der politischen UNO mit einem Neutralitätsvorbehalt (der damalige Bundespräsident Kaspar Villiger bekräftigte in seiner Rede vor der Versammlung, dass die Schweiz der UNO als neutraler Staat beitrifft und auch neutral bleiben wird) beigetreten ist, ist sie gewillt, die Verpflichtungen aus der Mitgliedschaft zu erfüllen. Die Schweiz verhindert zudem die Umgehung von Sanktionen über ihr Territorium.

Absatz 4 fordert, dass die Neutralität der Schweiz keine feige Politik des «Rückzug-ins-Schneckenhaus» ist. Die Schweiz müsse ihre Erfahrung und ihre glaubwürdig gelebte Neutralität für eine aktive Friedensdiplomatie und humanitäre Einsätze nutzen.

Kann man dagegen sein?

Es fällt schwer, sich dieser eidgenössischen Initiative zu entziehen. Ja, sie sogar zurückzuweisen. Sie überführt eine erfolgreiche Aussenpolitik, den Sitz des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) und des UNO-Sitzes sowie das Wesen und den Willen der Schweizerinnen und Schweizer für eine sichere Zukunft in Freiheit endlich in Verfassungs-



Helvetia bewahrt ihre Neutralität. Alte Postkarte

recht. Die Initiative setzt ein starkes Zeichen nach innen, aber auch gegen aussen. In der innenpolitischen Debatte schafft sie Klarheit, was der Auftrag der Eidgenossenschaft ist, was die schweizerische Neutralität ausmacht. Nach aussen zeigt sie, dass die Schweiz gewillt ist, zur immerwährenden, bewaffneten und umfassenden Neutralität unbeirrt zu stehen – dafür auch Nachteile in Kauf zu nehmen. Auch wenn das Völkerrecht im Neutralitätsrecht nicht weiterentwickelt wurde – warum auch, die Grundsätze sind unverrückbar und «das Rad muss nicht neu erfunden werden» (kein Krieg, Respekt vor der Selbstbestimmung der Staaten, Menschenwürde), hat die Schweiz ihr entsprechendes Verfassungsrecht mit der Neutralitätsinitiative geschärft.

Neutral zu sein ist nicht unbedingt beliebt, nicht bei Konfliktparteien. War es auch noch nie. Anfeindungen aus dem



Ausland und von mehr oder weniger intelligenten Zeitgenossen sind normal. Lassen wir uns nicht beirren und folgen der übergeordneten Sache. Der Neutrale schafft Hoffnung auf eine bessere Zeit. Gerade deshalb stehen die jungen Menschen und die Frauen in diesem Land hinter einer glaubwürdigen, schweizerischen Neutralität.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Schweiz massiv unter Druck der Siegermächte. Der britische Premier Winston Churchill, welcher seinem Volk einen enormen Blutzoll für die Freiheit abverlangte, sagte noch vor Kriegsende 1944: «Von allen Neutralen hat die Schweiz das grösste Anrecht auf bevorzugte Behandlung. Sie war der einzige internationale Faktor, der uns mit den uns schrecklich Entfremdeten noch verband. Was bedeutet es schon, ob sie in der Lage war, uns die gewünschten

Handelsvorteile zu gewähren, oder dass sie, um sich am Leben zu erhalten, den Deutschen zu viel gewährt hat? Sie war ein demokratischer Staat, der von seinen Bergen aus seine Freiheit verteidigt hat, und trotz ihrer (ethnischen) Zugehörigkeit hat die Schweiz gesinnungsmässig grösstenteils unsere Partei ergriffen.» ■

Zur Wahrung des inneren und äusseren Friedens

Von Nationalrat Franz Grüter

Ohne Neutralität würde es die Schweiz nicht mehr geben. Man muss es so deutlich sagen. Es geht um die Existenz unseres Landes. Darum ist die Neutralität weit mehr als eine aussenpolitische Richtschnur, die man mal ein bisschen nach rechts oder nach links zupfen kann; weit mehr als ein technisches Geplänkel, ob und wie wir Sanktionen übernehmen können oder welche Waffenlieferungen wohin noch möglich sind.

Viel wichtiger ist die Bedeutung der Neutralität für die innere Stabilität und Sicherheit unseres Landes. Die Neutralität ist eine Überlebensstrategie für einen kulturell und konfessionell heterogenen Kleinstaat mitten in Europa, wie die Schweiz einer ist. Vielfalt kann spalten. Unterschiede können Sprengstoff sein. Dafür gibt es genügend mahnende Beispiele. Man denke an den ehemaligen Vielvölkerstaat Jugoslawien, der in den 1990er Jahren in einem blutigen Bürgerkrieg auseinanderbrach.

Wer also das Ende der Schweizer Neutralität fordert, sollte sich zumindest vorher fragen, wo sie beginnt. Mit der Niederlage von Marignano 1515? Mit der völkerrechtlichen Anerkennung nach dem Wiener Kongress 1815? Oder seit der Rückkehr zur «integralen Neutralität 1938, die die Schweiz von wirtschaftlichen Sanktionsverpflichtungen entband? Was meinten die alten Eidgenossen mit dem «Stillesitzen», der selbst auferlegten Zurückhaltung bei Konflikten? Wie überstand dieses seltsame Staatengeflecht den 30-jährigen Krieg, als fast ganz Europa in einen verheerenden Konfessionskrieg stürzte? Kurzum: Die historische Dimension der Neutralität ist genauso bedeutsam, wie ihre rechtlichen oder politischen Aspekte.

«Beladet euch nicht mit fremden Angelegenheiten»

Die Schweiz hat seit fünfhundert Jahren keinen Krieg mehr geführt. Seit zweihundert Jahren ist unser Land von grösseren militärischen Konflikten verschont geblieben, inklusive der beiden Weltkriege. Welcher Staat in Europa kann solches von sich behaupten? Die bewaffnete Neutralität ist ein wesentliches Element dieser Friedensstrategie.

Die Wurzeln der Schweizer Neutralität reichen weit zurück. Als wichtigster Fürsprecher, ja Landespatron der Neutralität gilt Bruder Klaus (1417-1487) und sein berühmtes Wort «Machet den zun nicht zuo wit!». Macht den Zaun nicht zu weit, mischt euch nicht in fremde Händel! Im ganzen Wortlaut heisst das ihm zugeschriebene Zitat: «O liebe Freunde, macht den Zaun nicht zu weit, damit ihr um so besser in Frieden, Ruhe, Einigkeit und in eurer sauer erworbenen, löblichen Freiheit bleiben könnt. Beladet euch nicht mit fremden Angelegenheiten! Bindet euch nicht an fremde Herrschaften! Hütet euch vor Spaltung und Eigennutz! Hütet euer Vaterland, bleibt dabei und meidet den Krieg. Wenn jedoch jemand euch überfallen will, dann kämpft tapfer für eure Freiheit und für das Vaterland.»

Wenige Sätze, aber jeder ein Manifest: Hütet euch vor Spaltung. Lebt in Frieden und Ruhe. Bindet euch nicht an fremde Herrschaften. Meidet den Krieg. Doch wenn es nötig ist, verteidigt eure Freiheit.

Selbst wenn Niklaus von Flüe diese Botschaft posthum in den Mund gelegt wurde, sie entfaltet schon früh ihre Wirkungsmacht. Der Reformator Huldrych Zwingli (1484-1531) verweist in seinen Predigten auf Bruder Klaus als moralische

Autorität, der deutsche Humanist Johannes Trithemius spielt bereits Anfang des 16. Jahrhunderts mit dem Zaun-Motiv: «Wenn ihr in euren Grenzen bleibt, so kann euch niemand überwinden...» In den norditalienischen Wirren rund um Marignano 1515 tauchen Lieder auf, die das Söldnerwesen in fremden Diensten anprangern unter Berufung auf den Ranft-Heiligen: «bruder Claus in seinem leben, hat euch den rat nit geben, gefolgt hett ir im eben, ir werent nit so weit gezogen in fremde streit!» Die einfachste Formel der Neutralität – auch fünfhundert Jahre später – lautet immer noch: Mischt euch nicht in fremde Konflikte.



UNO-Sicherheitsrat (Symbolbild)

Neutralität ist eine einsame Haltung

Das Schweizer Neutralitätsprinzip nahm nach Marignano Gestalt an. Die blutige Niederlage stoppte die eidgenössischen Expansionspläne abrupt, zumal die Orte schon länger unterschiedliche Interessen verfolgten: Bern hatte die benachbarte Waadt im Visier, während die Innerschweizer die Pässe und Südtäler jenseits der Alpen zu kontrollieren versuchten. Dazu kam Anfang des 16. Jahrhunderts die Reformation und damit die konfessionelle Spaltung quer durch die Eidgenossenschaft. Es glückte einem Wunder, dass dieses Staatengeflecht trotz zweier Glaubensbürgerkriege (Kappel 1529 und 1531) überleben konnte. Ein zentraler Faktor bildete die aussenpolitische Zurückhaltung: Auf wessen Seite hätte sich die Eidgenossenschaft nach der Reformation denn schlagen sollen, ohne gleichzeitig die eigene Existenz aufs Spiel zu setzen?

Interessanterweise war es gerade der grosse europäische Konfessionskrieg von 1618–1648, der die katholischen und reformierten Orte wieder näher zusammenführte: Im Bemühen um die Unversehrtheit und Neutralität des Landes vereinbarten sämtliche Kantone die Aufstellung eines gemeinsamen Heeres unter einem gemeinsamen Kriegsrat (Defensionale von Wil, 1647). Damit war zugleich der Übergang zur bewaffneten Neutralität vollzogen. Die Unabhängigkeit sollte notfalls verteidigt werden – um nicht bloss auf den Goodwill jeweiliger Grossmächte hoffen zu müssen, auch wenn diese die immerwährende Neutralität der Schweiz am Wiener Kongress von 1815 völkerrechtlich anerkannt hatten.

Die grossen Proben folgten im 20. Jahrhundert. 1914 war die Schweiz tief gespalten. Deutschschweizer sympathisierten mit dem deutschen Kaiserreich, die Romands neigten eher Frankreich zu. Ganz Europa ist nationalistisch aufgeladen. Alle sind Partei, Kriegspartei. Auch die Schweizer Presse trommelt kräftig mit. Dann hält der spätere Literatur-Nobelpreisträger Carl Spitteler im Dezember 1914 einen denkwürdigen Vortrag: «Unser Schweizer Standpunkt». Er ruft zur Einheit auf und dass wir den «Versuchungen zur Parteilichkeit» widerstehen und als Neutrale das einzig Richtige tun: «nach allen Seiten hin die nämliche Distanz zu halten». Und er weiss, dass der Neutrale jeden provoziert, Freund wie Feind. «Allein da wir uns nicht rühren, scheinen wir gleichgültig. Darum erregt schon unser blosses Dasein Anstoss.» Kein Angehöriger einer kriegführenden Nation empfinde eine neutrale Gesinnung als berechtigt, schreibt Spitteler. So war es 1914, so war es während des Zweiten Weltkrieges, im Kalten Krieg und so wiederholt es sich bis heute.

Neutralität ist eine einsame Haltung. Man muss die Schmähen aushalten können, den Druck, die Ausgrenzung. Für Carl Spitteler war die Neutralität jedoch eine existenzielle Frage: «Wollen wir oder wollen wir nicht ein schweizerischer Staat bleiben, der dem Auslande gegenüber eine politische Einheit darstellt?» Er fordert Bescheidenheit, «freundnachbarliche Distanz», Zurückhaltung und endet seinen Vortrag mit dem Satz: «Dann stehen wir auf dem richtigen neutralen, dem Schweizer Standpunkt.»

Zwischen hohen Ansprüchen und Pragmatismus

Im Alltag bewegt sich die Schweiz zwischen Neutralitätsrecht, das relativ strikt und klar ist, und Neutralitätspolitik, einem naturgemäss dehnbaren Terrain aus hohen Ansprüchen und Pragmatismus. Das Neutralitätsrecht gibt vor, dass sich ein Staat nicht an bewaffneten Konflikten zwischen anderen Staaten beteiligt. Dazu gehört auch: Sanktionen sind wirtschaftliche Kriegsmassnahmen. Die Schweiz ist nur verpflichtet,



Zum Autor

Franz Grüter, Nationalrat SVP/LU, absolvierte zunächst eine Lehre als LKW-Mechaniker und erwarb später das Diplom zum Marketingplaner FH und zum El.-Techniker FH. Schon seit Beginn seiner beruflichen Laufbahn ist er im Bereich ITC unternehmerisch tätig. Er gründete und leitete verschiedene Unternehmen und war in China für eine Handelsgesellschaft tätig. Zusammen mit einem Partnerunternehmen übernahm er 2008 das Unternehmen green.ch AG und leitete dieses. Als Verwaltungsratspräsident verantwortet er auch heute noch die strategische Ausrichtung des Providers und Rechenzentrumsanbieters. Er ist Präsident der Stiftung Freiheit und Verantwortung und der von ihm gegründeten Schweizerischen Stiftung für Arbeit und Weiterbildung.

nicht-militärische Zwangsmassnahmen auf der Basis des Völkerrechts zu übernehmen, also durch Beschluss des UNO-Sicherheitsrates.

Gemäss Neutralitätsrecht müssen alle Kriegsparteien im Hinblick auf Rüstungsgüter gleichbehandelt werden. Wer Waffen in die Ukraine liefern will, müsste auch Exporte nach Russland zulassen. Besser wäre allerdings, beiden Seiten keine Kriegsgüter zukommen zu lassen. Weder direkt noch indirekt. Und dafür auf eine friedliche Lösung hinzuwirken. Wenn sich vor meinem Haus zwei streiten versuche in den Streit zu schlichten und nicht dem einen noch ein Messer zu geben.

Die schweizerische Neutralität ist selbstgewählt, also nicht von anderen Mächten aufgezwungen. Sie ist Bestandteil der Willensnation Schweiz. Die schweizerische Neutralität ist immerwährend. Es gibt keine Neutralität à la Carte, sonst verliert sie ihre Glaubwürdigkeit. Und drittens: Die schweizerische Neutralität ist bewaffnet. Unser Land muss notfalls in der Lage sein, seine Freiheit selbst verteidigen zu können. Auf andere Staaten oder Militärbündnisse ist kein Verlass.

Die Neutralität ist zudem in unserer Bundesverfassung ausdrücklich verankert, und zwar an zwei Stellen (Art. 173 und Art. 185). Dort steht: Bundesrat und Bundesversammlung treffen Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz. Der Verfassungsauftrag ist eigentlich klar: Bundesrat und Bundesversammlung haben die Neutralität der Schweiz zu wahren. Auf die Verfassung haben sowohl die Bundesräte wie die Parlamentarier ihren Eid oder ihr Gelübde abgelegt. Im Zusammenhang des Ukraine-Krieges erleben wir

aber das Gegenteil: Der Bundesrat und die Mehrheit im Parlament nehmen Partei. Sie übernehmen eins zu eins die Sanktionen der EU, also wirtschaftliche Kriegsmassnahmen. Viele fordern sogar die Lieferung von Kriegsgütern in die Ukraine. Dies ist alles nicht vereinbar mit der Neutralität und ein Verstoß gegen die obgenannten Verfassungsartikel.

Jetzt hört man überall: Man kann doch gegenüber diesem Aggressionskrieg nicht neutral bleiben. Um hier eines klarzustellen: Neutralität heisst nicht, dass wir Bürgerinnen und Bürger keine Meinung haben dürfen. Wohl jeder verurteilt Putins Invasion der Ukraine. Aber die offizielle Schweiz hat eine andere Aufgabe: Sie hat die Neutralität der Schweiz zu wahren. Und wir reden hier nicht von irgendeinem nebensächlichen Schauplatz. Die selbstgewählte, immerwährende, bewaffnete Neutralität gehört neben der direkten Demokratie, dem Föderalismus und der Unabhängigkeit zu den vier Säulen der Schweiz. Wer an einer dieser Säulen rüttelt, nimmt willentlich die Zerstörung unseres Landes in Kauf.

Der Bundesrat ist eingebrochen

Welche noblere Aufgabe der Politik kann man sich vorstellen, als den inneren und äusseren Frieden eines Landes zu wahren? Die Neutralität hat unser Land vor Kriegen verschont, sie hat den Menschen ein Leben in Sicherheit ermöglicht. Die Neutralität ist Selbstschutz für den Kleinstaat Schweiz. Die Neutralität hilft der Schweiz, glaubwürdig ihre guten Dienste für alle Konfliktparteien anzubieten. Es gibt keinen Grund, diese Erfolgsmaxime leichtfertig aufs Spiel zu setzen.

Was nun aber seit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges passiert, ist ein krasser Bruch mit unserer Neutralitätstradition. Der Bundesrat wird nicht müde zu betonen, dass mit der Übernahme sämtlicher EU-Sanktionen die Neutralität nicht verletzt worden sei. Hier gibt es offensichtlich eine grosse Differenz zwischen Eigenwahrnehmung und Aussenwahrnehmung. Das zeigt nur schon ein Blick in die internationale Presse: In deren Augen und in den Augen vieler ausländischer Regierungen hat die Schweiz ihre Neutralität preisgegeben. Dabei könnte die Schweiz als neutraler Kleinstaat eine wichtige Rolle spielen, sich als Vermittlerin einbringen und einen Beitrag zum Frieden in Europa leisten. Doch Russland lehnte die Schweiz als Verhandlungsort für Gespräche ab: Russland hat unser Land auf die Liste «feindlicher» Staaten gesetzt. Ein singulärer Vorfall, der dem Bundesrat zu denken geben müsste.

Neutral zu sein, ist nicht einfach. Es kostet viel Kraft, weil man von allen Konfliktparteien bedrängt wird, Position zu beziehen. Seid ihr für uns oder seid ihr gegen uns. Leider ist der Bundesrat unter diesem Druck eingebrochen.

Interessenpolitik statt Schlagzeilen

Die beste Aussenpolitik für die Schweiz ist jene, die nicht in den Schlagzeilen landet. Als Kleinstaat sollten wir Konflikte meiden und nicht andere Länder voreilig verurteilen. Unsere Vorfahren, die alten Eidgenossen, nannten dieses Prinzip «Stillesitzen». Wir reden heute von Neutralitätspolitik. Das heisst: Unparteiisch sein, gute Dienste anbieten, einen realen Beitrag für eine friedliche Welt leisten.

Leider haben viele Politiker vergessen, was Neutralität bedeutet und wie erfolgreich sie unser Land und die Menschen schützt. Sie wollen lieber auffallen, sich als Welt-Moralisten aufspielen. Sie spielen nach Prestige und Pöstchen. Ein Beispiel dafür ist, dass die Schweiz nun unbedingt Mitglied des UN-Sicherheitsrates werden musste. Der Sicherheitsrat der



Alte Postkarte mit Bruder Klaus als Motiv (1417-1487)

Vereinten Nationen ist derjenige Ort, an welchem über Krieg und Frieden entschieden, wo Grossmachtpolitik betrieben wird. Wie selbst der Bundesrat in seinem jüngsten Bericht einräumt, sieht die UNO-Charta ausdrücklich vor, dass der Sicherheitsrat sowohl über nichtmilitärische Sanktionen als auch über militärische Interventionen entscheiden kann. Als neutraler Staat ist es unmöglich, über solche Fragen mitzubestimmen. Wir missachten damit unser über Jahrhunderte gewachsenes Neutralitätsprinzip. Die Schweiz beherbergt in Genf das humanitäre Zentrum der UNO, ist eng verbunden mit dem IKRK und Depositarstaat der Genfer Konventionen. Die Einsitznahme im Sicherheitsrat stellt die gesamte humanitäre Tradition als neutrales Land in Frage. Völlig unnötig und leichtfertig.

Das Historische Lexikon der Schweiz beschreibt die schweizerische Neutralität als «Erfolgsgeschichte»: Die Neutralität als Handlungsmaxime der Aussenpolitik habe mitgeholfen, die Existenz der Eidgenossenschaft zu sichern und das Land aus Kriegen herauszuhalten. «Deshalb wurde sie im Bewusstsein vieler Schweizer zu einem nationalen Identitätsmerkmal.»

Wenn alle Staaten sich wie die Schweiz verhielten, würde es keinen Krieg geben. Natürlich zerschellt diese Vorgabe an der Realität. Was sich aber sicher sagen lässt: Die Welt wird nicht besser, wenn die Schweiz ihre Neutralität aufgibt. Vor allem aber gefährden wir damit den inneren Frieden und die Stabilität unseres Landes – und damit eine einzigartige Erfolgsgeschichte mitten in Europa. ■

Neutralität verstehen

Von Peter Maurer

Neutralität

Es gibt zahlreiche Perspektiven, über Neutralität zu sprechen: umgangssprachliche, politische, berufsspezifische. Während erstere selten kontrovers sind, führen andere zu umfassenden Diskussionen. Ich werde hier nur auf einige ausgewählte Punkte eingehen.

Beginnen wir mit der Neutralität als Handlungsprinzip humanitärer Arbeit. Dieses hat sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts etabliert und wurde erstmals in der Genfer Konvention von 1864 kodifiziert, durch welche humanitäre Aktionen zum Regulierungsbereich des modernen Staates wurden. So sprach man schon früh von der *Neutralisierung* von Ambulanzen, Feldspitälern und medizinischem Personal. Von da weg entwickelte sich Neutralität – neben Unparteilichkeit und Unabhängigkeit – zum Kernprinzip humanitärer Arbeit – zuerst für das IKRK, später für den gesamten humanitären Sektor. Die jeweiligen Herausforderungen von Kriegen und Gewaltereignissen haben dann im Laufe der Jahrzehnte die *Funktionen und Interpretationen der Neutralität* massgeblich bestimmt und das heutige Verständnis geprägt: Die Neutralität sollte ermöglichen, zwischen den Fronten Hilfe zu leisten und ein Minimum an Humanität im Krieg zu bewahren; sie sollte humanitäre Akteure schützen und Hilfe an Betroffene garantieren. Das humanitäre Völkerrecht definiert denn auch Verantwortlichkeiten bei Hilfe und Schutzmassnahmen für alle Akteure und klärt die Rolle des neutralen Vermittlers zwischen den Kriegsparteien bezüglich humanitärer Fragen.

Für humanitäre Akteure ist Neutralität ein *Arbeitsinstrument*, ein Kompass, ein Prinzip eben, das hilft, in schwierigen Situationen zwischen Kriegsparteien zu navigieren. Durch die Praxis ist sie ein *Identitätsmerkmal* humanitärer Arbeit geworden – heute weit über die Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung hinaus.

Die *Kernfunktion der Neutralität* ist es bis heute, Hilfe und Schutz für Betroffene von Krieg und Gewalt sicherzustellen und den Respekt des humanitären Völkerrechtes zu ermöglichen. Dies geschieht primär durch das *Vertrauen aller am Krieg Beteiligten* und bedeutet, dass man *nicht Partei ergreift* und sich *nicht an Kontroversen politischer, ideologischer, religiöser oder ethnischer Natur beteiligt*. Vertrauen wächst im vertraulichen Kontakt all jener, die an den Frontlinien tätig sind – die bewaffneten Verbände der Kriegsparteien, die Exponenten der Zivilgesellschaft und die humanitären Hilfsorganisationen. Es bedeutet aber auch, dass humanitäre Akteure stets den Konsens der Kriegführenden und deren Unterstützung für eine strikte und kohärente Interpretation des Rechtes und der humanitären Prinzipien fördern und suchen sollen. Neutralität als humanitäres Handlungsprinzip war nie gedacht als Element politischer Kontroversen im öffentlichen Raum, sondern als Leitlinie für professionelle Arbeit.

Dies bedeutete im Laufe der Jahrzehnte etwa für das IKRK, dass es nur in *Ausnahmesituationen* und nach Ausschöpfung aller diskreten und diplomatischen Möglichkeiten öffentliche *Schulduweisungen* betreffend Verletzungen des humanitären

Völkerrechtes vornimmt oder dass es sich nicht über die *Legitimität und Legalität von Sanktionen* ausspricht. Gleichzeitig setzt es sich engagiert dafür ein, dass Sanktionen so ausgestaltet werden, dass sie möglichst keine negativen humanitären Auswirkungen auf Individuen und Gemeinschaften haben und dass minimale Dienstleistungen und Infrastrukturen funktionieren können (Wasser, Nahrung, Gesundheit, Elektrizität, Erziehung, Schulen).

Staaten haben laut den Genfer Konventionen die *Pflicht, die Arbeit neutraler Organisationen, wie des IKRK zu unterstützen*. Dieses steht seinerseits im vertraulichen *Dialog mit allen Kriegsparteien (staatlichen und nicht-staatlichen)*, um den Respekt des humanitären Völkerrechtes zu stärken und die Modalitäten humanitärer Aktionen zu vereinbaren. Humanitäre Akteure akzeptieren daher nicht, dass Staaten und Staatengruppen oder Kriegsparteien, Kontakte mit klar humanitären Zwecken unterbinden oder kriminalisieren.

Als *Hüterin der Genfer Konventionen* macht das IKRK den *Vertragsparteien auch Vorschläge* zur besseren Anwendung und allfälligen Weiterentwicklung der Konventionen, zur Legalität von Waffen, zur Prävention von Verletzungen des HVR, und es fördert proaktiv den Konsens der Vertragsstaaten zu diesen Aufgaben. Die Handlungsmöglichkeiten des IKRK basieren wesentlich auf der Perzeption der Staaten, dass das IKRK neutral ist und auf Fakten basierend und sachgerecht über humanitäre Auswirkungen von Konflikten informiert. Auch hier ist Zurückhaltung in öffentlichen Schulduweisungen bezüglich spezifischer Kriegshandlungen wichtig. Dies wiederum bestimmt die Präferenz für den vertraulichen Dialog, respektive die diskrete Diplomatie. In dem Sinne kann man sagen, dass das IKRK eben nicht nur in seinen Handlungen im Feld neutral ist, sondern eine humanitäre Diplomatie führt, die auf der



Irpin. Ein IKRK-Mitarbeiter steht während einer Untersuchungs- und Hilfsmission vor dem Militärkrankenhaus. Die Stadt war Schauplatz schwerer Kämpfe. Das Krankenhaus ist leer und schwer beschädigt.



Zum Autor

Peter Maurer studierte an den Universitäten Bern und Perugia Geschichte, Politikwissenschaften und Völkerrecht und schloss das Studium 1984 mit dem Doktorat ab. Er war in verschiedenen Funktionen im diplomatischen Dienst tätig, unter anderem als Botschafter und Chef der Ständigen Mission der Schweiz bei den Vereinten Nationen und als Staatssekretär im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten. Von 2012 bis 2022 war er Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK).

Neutralität beruht. Es ist also nicht so, dass Neutralität Untätigkeit bedeutet; vielmehr umreisst sie den Rahmen und die Bedingungen des Handelns des IKRK und anderer humanitären Organisationen.

Neutral zu sein und als neutral perzipiert zu werden ist wichtig, so dass Schutz und Hilfetätigkeiten nicht als Einmischung in den Konflikt verstanden werden. Qualitativ gute humanitäre Arbeit ist jene, die Menschen nach Massgabe ihrer Bedürfnisse unterstützt. Neutralität ist wichtig, um an den Frontlinien von Krieg und Konflikt zu arbeiten und in enger Beziehung mit den bewaffneten Verbänden und Gruppen sowie den Opfern des Krieges zu stehen. Neutralität ist in dem Sinne auch ein Sicherheits- und Schutzinstrument für das humanitäre Personal im Feld.

Erinnern wir uns auch: Das Prinzip der Neutralität ist eng verbunden mit anderen wichtigen Grundsätzen der Rot Kreuz Bewegung, insbesondere Humanität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit. Die 7 Prinzipien der Rotkreuz und Rothalbmond-Bewegung sind in dem Sinne nicht nur praktische Instrumente, sondern eine über Jahrhunderte gewachsene ethische Grundlage unserer Arbeit.

Interpretation und Praxis der Neutralität in der humanitären Arbeit haben sich selbstverständlich mit den realen Problemen von Kriegen und der Vermittlung entwickelt. Auch wenn über die Jahrzehnte Dilemmata rund um die Neutralität aufgebrochen sind, so bleibt diese eine zentrale und weit herum akzeptierte Handlungsmaxime für die Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung und ist heute auch Orientierung für den gesamten humanitären Sektor. Noch anlässlich des kürzlichen Delegiertenrates der Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung wurde im Lichte des Krieges in der Ukraine die Neutralität als zentrale Handlungsmaxime der Bewegung bestätigt und deren Respektierung von den Kriegführenden eingefordert.

Von grundlegender Bedeutung ist in diesem – und so vielen andern Kontexten auch – die Unterscheidung zwischen «jus ad bellum» und «jus in bello» und die Tatsache, dass der Aufgabenbereich für neutrale humanitäre Organisationen im Bereich des «jus in bello» liegt. Die Ausklammerung der Ursprungs- und Schuldfrage am Krieg von der Arbeit humanitärer Akteure ist eine wichtige Voraussetzung dafür, überhaupt humanitäre Dienstleistungen zu erbringen.

Auch in diesem beschränkten und selbst-beschränkenden Rahmen sind Dilemmata in der Handhabung allerdings alltäglich: wie steht Neutralität zu Humanität, zu Solidarität, zur Rechenschaftspflicht von Organisationen gegenüber Mandats- und Geldgebern. Die konkreten Spannungsfelder erfordern im Alltag vorsichtiges Navigieren zwischen Prinzipien und Pragmatismus.

Auch neutralen humanitären Organisationen bleibt es nicht erspart, sich gegenüber den grossen Trends der Zeit zu erklären und aufzuzeichnen, weshalb Neutralität für die humanitäre Arbeit wichtig ist und wie Neutralität zu Frieden, Menschenrechten, Rassismus, Klimawandel, Gendergleichheit und anderen gesellschaftlichen Zielvorstellungen steht. Auch erschwert die Digitalisierung aller Lebensbereiche und damit der zunehmend vernetzte Charakter der Probleme die klare Unterscheidung von politischen und humanitären Fragen. Zudem rufen soziale Medien nach vermehrter Erklärung über Sinn und Aufgaben der Neutralität oder stellen diese grundsätzlich in Frage. Neutralität ist der Dynamik dieser Entwicklungen ausgesetzt.

Auch wenn wir all diese Differenzierungen im Auge behalten, gibt es keinen vernünftigen Grund von der Neutralität als wichtiger Handlungsmaxime für humanitäre Organisationen in Konfliktregionen abzurücken. Es gibt auch keinen Grund, Neutralität für humanitäre Organisationen zu de-legitimieren, oder von humanitären Organisationen Parteilichkeit im Sinne einer höheren Wertordnung einzufordern.

Schweizerische Neutralität und Aussenpolitik

Die Schweizerische Neutralität ist über Jahrhunderte gewachsen und basiert bekanntlich auf wichtigen internationalen Konferenzen und Vertragswerken des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Diese waren bemüht, die Divergenzen der Mächte im europäischen und globalen Konzert zu regeln, indem Bedingungen und Verhaltensweisen für Länder festgelegt wurden, welche sich von militärischer und politischer Allianzbildung ausnehmen wollten.

Die Neutralitätserklärung der Mächte von 1815 – Neutralität, Unverletzlichkeit und Unabhängigkeit der Schweiz als Elemente «dans les vrais intérêts de la politique de l'Europe entière» – und die Haager Konventionen von 1899 und 1907 sind bis heute wichtige Rahmenbedingungen rund um die Ausgestaltung der schweizerischen Neutralität, gerade auch weil kaum Weiterentwicklungen des Neutralitätsrechtes stattgefunden haben.

Dies führt allerdings zu Fragen: Was ist neutralitätsrechtlich und politisch erlaubt, legitim und im Interesse der Schweiz und der Mächte? Was ist der Umfang militärischer Neutralitätspflichten, wie definiert sich Neutralität im Verhältnis zu den Instrumentarien kollektiver Sicherheit und zu regionalen Integrationsbestrebungen, was bedeutet Neutralität in einer zunehmend vernetzten Welt, wie steht Neutralität zu zentralen politischen und gesellschaftlichen Anliegen unserer Zeit? Was bedeutet Neutralität konkret im Kontext der jüngsten Konfliktsituation in Europa, insbesondere natürlich des Ukraine-Konfliktes. Dies sind wichtige Fragen, die angesichts der rudimentären Rechtslandschaft durch Interpretation und politische Prozesse beantwortet werden müssen.

Aus der Perspektive humanitärer Akteure – des IKRK aber auch von UN und andern Organisationen, die humanitär tätig sind – besteht natürlich immer ein Interesse, dass die Schweiz als Land eine Aussenpolitik führt,

- welche die Neutralität humanitärer Akteure unterstützt und sich auf diplomatischer Ebene für neutrale humanitäre Aktionen und für den Respekt des humanitären Völkerrechtes einsetzt;
- dass sie humanitäre Aktionen im weitesten Sinne politisch, rechtlich und finanziell unterstützt und
- dass sie ihre Rolle als Depositar der Genfer Konventionen wahrnimmt.

So lange sich die Schweiz entscheidet, ihre Aussenpolitik unter anderem auf den Begriff der Neutralität zu beziehen, macht es auch Sinn, diesen so auszulegen, dass *mindestens die unmissverständlichen rechtlichen Verpflichtungen* bezüglich Bündnisteilnahme und Unterstützung der Kriegsparteien, insbesondere mit Waffen, *restriktiv ausgelegt werden*.

Wenn die Schweiz schliesslich eine Politik verfolgt, welche von wichtigen Mächten nicht mehr als neutral angesehen wird, wäre es nützlich, wenn die Differenz zu humanitären Akteuren klar gemacht werden, um möglichen Konfusionen entgegenzuwirken.

Für die Schweiz und für humanitäre Organisationen ist es aber auch wichtig anzuerkennen, dass die *Neutralität der Schweiz als Land wenig zu tun hat mit der Neutralität des IKRK als humanitäre Organisation*. Das Sitzstaatabkommen zwischen der Schweiz und dem IKRK vom 19.3.1993 hat versucht, Klarheit im Verhältnis von Schweiz und IKRK und Klarheit über *gemeinsame und unterschiedliche Konzepte und Interessen zu schaffen*. Ein gemeinsames Verständnis für die Unterschiede ist eine wichtige Grundlage für eine weiterhin enge und fruchtbare Zusammenarbeit.



Oblast Donezk, Lyman. Ein IKRK-Team verteilt Trockenbrennsteine zum Heizen.

Neutralität und Aussenpolitik

Obwohl die offizielle Schweiz über Jahrzehnte recht kohärent Neutralität als Instrument und Mittel der Aussenpolitik deklariert hat, fällt doch auf, wie stark auch heute noch die Neutralität in politischen Debatten dogmatisiert und oft zur alleinigen Grundlage der Aussenpolitik deklariert wird.

Anstatt die Interessen der Schweiz so präzise und konsensuell wie möglich zu definieren, respektive politisch zu verhandeln, und sich dann zu fragen, wie diese Interessen am besten verwirklicht werden können und welches der Beitrag der Neutralität wäre, wird primär über die Kompatibilität von Entscheiden mit der Neutralität gestritten. Das scheint, als ob das Pferd am Schwanz aufgezügelt wird.

Dieser Ansatz hat über die Jahrzehnte dazu geführt, dass *Anpassungen der Neutralitätspolitik an neue Umstände und Bedingungen von Teilen der politischen Öffentlichkeit primär als Inkompatibilitäten mit der Neutralität verstanden wurden*, während der Bundesrat in sukzessiven Neutralitätsberichten primär die Übereinstimmung seiner Aussenpolitik mit der Neutralität stipuliert hat und diese mit einer ganzen Serie von Adjektiven charakterisiert hat: integral, differenziert, aktiv, kooperativ...

Anstatt einen gewissen Bedeutungsverlust des Neutralitätskonzeptes und seine beschränkte Relevanz in der Gestaltung der internationalen Beziehungen zu akzeptieren und Aussenpolitik entsprechend den Interessen und der strategischen Staatsziele zu definieren, wurde Aussenpolitik immer mehr auf die Neutralität reduziert.

Ich denke, die Schweiz braucht *eine grundsätzlichere und umfassendere internationale Standortbestimmung*, mit dem Ziel zu klären, welches politische, rechtliche und institutionelle Gefüge den Interessen des Landes am besten dient und wie allfällige Lücken gefüllt werden können. Zu einer solchen Abklärung gehört angesichts der Geschichte auch, dass man über das Verhältnis zu internationalen Allianzen, Integrationsbestrebungen, Sanktionen, Waffenexporten und mehr, eine kritische Debatte führt und fragt, wo die Interessen heute liegen und wo der Cursor zwischen Kooperation und Eigenständigkeit, sowie zwischen Mitbestimmung und Autonomie am besten gesetzt wird und welche Chancen und Risiken in einem bestimmten Augenblick eingegangen werden.

Dem kritischen Zeitgenossen fällt mindestens auf, dass wir sehr viel Zeit und Energie mit der Exegese der Neutralität verbringen, die ja sinnvollerweise in den Zuständigkeits-, Organisations- und Verfahrensartikeln der Bundesverfassung erwähnt ist, und wenig über die Konkretisierung von Artikel 2 und 54 der BV sprechen, in welchen der Zweck des Bundes und der Aussenpolitik festgelegt sind. Vielleicht könnten eher politische Fortschritte erzielt werden, wenn die Diskussion vom Verfahren zum Zweck verschoben und in der notwendigen Tiefe geführt würde. ■

Ab wann wird Neutralität unanständig?

Von Tim Guldemann

Die Neutralität war lange der unbestrittene Kern unserer nationalen Identität, heute steht sie plötzlich auf dem Prüfstand. In der Schweiz will sie zwar niemand in Frage stellen, doch der Druck aus dem Ausland nimmt zu. Mit der Absage an zahlreiche Anfragen europäischer Regierungen verweigert der Bundesrat Waffenlieferungen an die Ukraine, sowohl direkte Lieferungen als auch indirekte in Form der Wiederausfuhr von Kriegsmaterial, das die Schweiz zuvor an Drittstaaten exportiert hat. Diese Weigerung betrifft insbesondere die Wiederausfuhr früherer Exporte, die viele Jahre zurückliegen. Die Begründung ist die Neutralität, konkret das Neutralitätsrecht und gesetzliche Verpflichtungen und damit das Argument: «Wir dürfen nicht».

Bundespräsident Alain Berset rechtfertigt diese Haltung in der NZZ am Sonntag am 12.3.23 mit den Worten: «zu verlangen, dass wir unser geltendes Recht missachten, dünkt mich nicht angemessen(.), die Neutralität muss einen harten Kern bewahren! Das ist unsere Verpflichtung gegenüber dem Rest der Welt.» Ebenso ist für Aussenminister Ignazio Cassis eine Bewilligung zur Wiederausfuhr von Waffen «neutralitätsrechtlich höchst problematisch». Der Bundesrat hatte schon zuvor erklärt, dass aus seiner Sicht die Erlaubnis zur Wiederausfuhr die Haager Konvention von 1907 verletze, die die Schweiz rechtlich zur Gleichbehandlung von Kriegsparteien verpflichtet.

Das Argument «wir dürfen nicht» wegen der Neutralität, «es ist verboten», erspart uns die Frage, was wir eigentlich wollen. Offensichtlich will der Bundesrat keine Waffenexporte in die Ukraine und dazu dient ihm das Argument einer diesbezüglichen «Verpflichtung gegenüber dem Rest der Welt» oder das Kriegsmaterialgesetz, das dies nicht zulasse.

Das Kriegsmaterialgesetz können wir jederzeit ändern, und Juristen argumentieren, dass auch eine flexible Interpretation des heutigen Gesetzes die Wiederausfuhr zuliesse.

Generell gibt es keine völkerrechtliche Verpflichtung der Schweiz, ihre Neutralität aufrechtzuerhalten, wir können sie jederzeit abschaffen, wenn wir wollen, oder neu definieren. Neutralitätsrechtliche Pflichten können lediglich von der souveränen Entscheidung abgeleitet werden, dass wir uns einmal für neutral erklärt haben, und zwar «immerwährend» in dem Sinne, dass sich das nicht nur auf den Moment der Erklärung bezieht, sondern auch auf die Zukunft. Mit dieser Erklärung können wir heute nicht der NATO beitreten, weil wir die Neutralitätspflicht als NATO-Mitglied in einem künftigen Konflikt mit NATO-Beteiligung nicht erfüllen könnten.

1910 ist die Schweiz dem «Abkommen betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkriegs» von 1907 beigetreten. Dieser Beitritt bedeutet nicht, dass wir uns verpflichten, neutral gemäss diesem Abkommen zu bleiben, sondern lediglich, dass, solange wir uns für neutral erklären, das Abkommen festlegt, wozu wir dann verpflichtet sind. Für die heutige Frage der Kriegsmaterialexporte in die Ukraine sind zwei Aspekte relevant.

Erstens die Frage — und um die geht es bei den abgelehnten Anfragen — ob es zulässig ist, einer Wiederausfuhr von Rüstungsgütern aus einem Drittland zuzustimmen, die früher nicht in der Absicht dorthin exportiert worden sind, von dort in ein Konfliktgebiet geliefert zu werden. Da dieser Fall im Abkommen nicht erwähnt ist, kann gut argumentiert werden, dass davon unsere Vertragsverpflichtungen nicht betroffen sind, da dem Exportentscheid von früher keine neutralitätswidrige Absicht unterstellt werden kann.

Die zweite Frage betrifft eine Kriegsmateriallieferung von der Schweiz in die Ukraine, z.B. die Lieferung ausgemusterter Leopardpanzer. Wenn wir das wollen und ich bin dafür, dann müssten wir allen Vertragspartnern einen Vorbehalt zu unseren Vertragsverpflichtungen anmelden, nämlich, dass wir im Fall eines völkerrechtswidrigen Angriffs auf einen demokratischen (allenfalls europäischen) Staat nicht neutral sind. Das ist durchaus möglich, aber wahrscheinlich innenpolitisch nicht konsensfähig.

Oft wird argumentiert, die Verfassung verpflichte uns zur Neutralität, auch das ist falsch. Art 185 legt lediglich die Zuständigkeit fest: «Der Bundesrat trifft Massnahmen zur Wah-



Zum Autor

Tim Guldemann ist ein Schweizer Diplomat, Politikwissenschaftler und Politiker und lebt in Berlin. Er trat 1982 in den diplomatischen Dienst ein und war in Bern, Genf, Kairo und als Botschafter im Iran, Berlin und für die OSZE tätig. 2014 wurde er nebst seiner Botschaftertätigkeit in Berlin als Sondergesandter in die Ukraine entsendet. Er übte an verschiedenen Universitäten Lehraufträge aus und wurde 2005 Honorarprofessor der Universität Zürich. Guldemann ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und Deutschlands. Er war von 2015 – 2018 als Vertreter der Züricher Bevölkerung im Nationalrat.



Solidarität ist gefragt (Symbolbild)

nung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz.» Ähnlich legt die Verfassung auch die Zuständigkeit des Bundes für die Luftfahrt und die AKWs fest, die abgeschafft werden könnten, ohne die Verfassung zu ändern. Die Neutralität steht deshalb auch nicht im Art. 54, Abs. 2, wo die Ziele der Aussenpolitik festgelegt sind. Folgerichtig möchte Christoph Blocher mit seiner Initiative die Neutralität hier mit einem neuen Zweckartikel (Art. 54a) verschärfen und festnageln.

Wenn wir somit frei sind, zu entscheiden, was wir wollen, stellt sich die zentrale Frage, was sind unsere Interessen, dabei aber nicht nur die Frage, ob uns die Neutralität Vorteile verschafft, sondern, ob wir in Abwägung von Vor- und Nachteilen zum Schluss kommen, dass wir in unserem Interesse die heutige Position ändern sollten.

Für viele im Land liegt die Neutralität im nationalen Interesse. Rund 90 Prozent der Bevölkerung befürworten sie, selbst wenn diese Zustimmung seit Kriegsausbruch leicht zurückgegangen ist. Historisch gibt es für sie gute Argumente, wenn auch ihre Bedeutung überschätzt wird, mit der Behauptung etwa, Adolf Hitler hätte die Schweiz wegen der Neutralität nicht angegriffen. Im Ersten Weltkrieg hatte sie eine grosse Bedeutung für den nationalen Zusammenhalt der Landes. Bis heute ist sie ein Hauptmerkmal unseres internationalen Profils, von dem wir auch wirtschaftlich profitieren. Im Zusammenhang mit der Neutralität stehen auch die guten Dienste der Schweiz. Sie verschaffen uns ausländische Anerkennung und umfassen drei zumeist nicht klar zu unterscheidende Aktionsfelder: erstens ist die Schweiz, insbesondere Genf, Treffpunkt für Verhandlungen; zweitens geht es um die Vertretung der Interessen zwischen Regierungen ohne diplomatische Beziehungen, und drittens um die Konfliktvermittlung, für

welche die Schweiz, entweder als Regierung oder durch von der Schweiz aus operierende private Organisationen, aktiv ist. Dass man aber auch ohne Neutralität sehr erfolgreich vermitteln kann, zeigt das NATO-Mitglied Norwegen.

Die guten Dienste und die humanitäre Tradition samt der Neutralität des Roten Kreuzes werden als Argument aufgeführt, dass die Neutralität der Schweiz auch im internationalen Interesse sei. Das stimmt historisch, denn die Neutralität hat sich im gegenseitigen Interesse der europäischen Mächte und der Schweiz herausgebildet. Seit längerer Zeit lässt sich aber — abgesehen vom russischen Interesse an der schweizerischen Nicht-Mitgliedschaft in der NATO — kein europäisches Interesse mehr und schon gar kein amerikanisches Interesse nachweisen. Dieses gegenseitige Interesse im Verhältnis zu jenen Staaten, auf die wir angewiesen sind, wäre die Grundlage, dass wir uns auf deren Respekt für unsere Haltung verlassen könnten. Diese Grundlage existiert nicht mehr. Vielmehr schuf der russische Angriff gegen die Ukraine einen neuen Widerspruch zwischen der Neutralität und der vom Ausland eingeforderten Solidarität, sowohl bezüglich der Beteiligung an Sanktionen, als auch hinsichtlich von Waffenlieferungen.

Der peinliche Entscheid des Bundesrats unmittelbar nach dem russischen Angriff, das schweizerische Russlandgeschäft als «courant normal» getrost weiterlaufen zu lassen, provozierte Empörung im Ausland und viel Unverständnis im Inland. Wie rasch die Korrektur erfolgte, zeigte, dass auch Bern seine Prinzipien flexibel handhabt, wenn der Druck zu gross wird: Seit Ende Februar 2022 beteiligt sich die Schweiz an den EU-Sanktionen auch ohne Entscheid des UN-Sicherheitsrates.

Damit ist der Widerspruch aber noch nicht vom Tisch, denn die Frage der Solidarität wird sich weiterhin stellen und könnte plötzlich wieder virulent werden. Beispiel Rohstoff-



Humanitäre Hilfe in der Ukraine (Symbolbild)

handel: Gemäss gewisser Schätzungen wird rund 80 Prozent des russische Rohstoffhandels über Finanzdienstleistungszentren von 940 Firmen vor allem in Genf, Lausanne und Zug abgewickelt und beschäftigt rund 10'000 Personen. Ihr Beitrag zur Wirtschaftsleistung des Landes ist grösser als der Bankensektor. Jedes Schaf in den Alpen wird statistisch erfasst, aber kein einziges Rohstoffhandelsgeschäft, weil die Ware selbst nicht durch unser Land kommt. Offensichtlich ist kaum jemand – und schon gar nicht die profitierenden Kantone – an einer Transparenz interessiert, die die Gans, die goldene Eier legt, zum Abschuss freigeben könnte.

Der neue Widerspruch zwischen erwarteter Solidarität und unserer Neutralität wird vom Bundesrat schlicht negiert. Bundesrat Cassis verkündete am WEF in Davos: «Der staatspolitische Zwilling unserer Neutralität war und ist die Solidarität». Am gleichen Anlass äusserten eine ganze Reihe führender internationaler PolitikerInnen – unter anderen EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen, NATO-Generalsekretär Stoltenberg, der deutsche Vizekanzler Habeck – explizite Kritik an der schweizerischen Weigerung, Waffen zu liefern. Das hinderte Bundespräsident Berset aber nicht daran, in seiner WEF-Bilanz kühn zu behaupten, die Schweizerische Neutralität sei «gut verstanden worden», weil ja die Schweiz «eine besondere Rolle zu spielen» habe – der Sonderfall lässt grüssen. Allein Bundesrätin Viola Amherd war ehrlich: «Keine meiner Amtskolleginnen und Amtskollegen haben Verständnis dafür, dass wir andere Länder daran hindern, die Ukraine mit dringend benötigten Waffen und Munition zu versorgen.» Auch werde «nicht verstanden», dass die Schweiz ihren neutralitätspolitischen Handlungsspielraum nicht nutze. Zu Recht stellt ihr Parteipräsident Gerhard Pfister die Frage: «Ab wann wird Neutralität unanständig?»

Es wäre ja möglich, die verweigernde militärische Hilfe durch massive Wirtschaftshilfe und humanitäre Leistungen an die Ukraine quasi zu kompensieren. Beim genaueren Hinsehen mutiert aber der staatspolitische Zwilling der Neutralität, gemäss Aussenminister Cassis die Solidarität, zu einem jämmerlichen Zwerg: Gemessen am Sozialprodukt ist die schweizerische Wirtschaftshilfe an die Ukraine so minim, dass sie weit hinter allen EU-Staaten liegt und lediglich ein Zehntel des Vergleichswertes für die EU insgesamt erreicht (Ukraine Support Tracker, IfW Kiel). Wenn wir es wirklich ernst meinen mit unserer Solidarität, könnte sich der Bundesrat zum Beispiel darum bemühen, dass unsere Sonderziehungsrechte beim Internationalen Währungsfonds von über 10 Milliarden Franken über ein sogenanntes «SDR Channeling» für die Wirtschaftshilfe an die Ukraine eingesetzt würden. Das scheint zwar relativ kompliziert, aber nicht unmöglich. Ebenso wären Währungshilfekredite über die Nationalbank möglich. Wo ein Wille ist, ist ein Weg – auch für die Willensnation.

Was wir in dieser ganzen Diskussion ausblenden ist der Zusammenhang unserer Solidarität mit der Ukraine mit unserer Glaubwürdigkeit in Osteuropa. Die osteuropäischen Mitgliedstaaten leisten innerhalb der EU proportional die weitaus grösste Hilfe an die Ukraine. Der Krieg hat auch zu einer politischen Gewichtsverlagerung innerhalb der EU geführt, die den Einfluss der Region auf Brüssel erhöht. Ihr Blick auf die Rolle der Schweiz in der Rüstungs- und Sanktionsfrage könnte uns dann noch Probleme schaffen, wenn es darum geht, eine neue vertragliche Grundlage unserer Beziehungen mit der EU auch von diesen Staaten absegnen zu lassen.

Wir leben in einer Welt, die wie nie zuvor gleichzeitig mit riesigen, sich verschärfenden Krisen und Gefahren konfrontiert ist: der Klimawandel, die weltweit 100 Millionen Geflüchteten, eine noch nicht ausgestandene Pandemie, die fragilen Finanzmärkte – ganz abgesehen von der Gefahr eines noch eskalierenden Krieges in Europa und die wachsenden Spannungen mit China. Solidarität ist nicht eine Frage der Nächstenliebe, sondern der nationalen Interessen, die wir nur mit der Glaubwürdigkeit unserer Politik und dem Vertrauen unserer europäischen und transatlantischen Partner erfolgreich verfolgen können. Auf die Zusammenarbeit mit diesen Partnern sind wir angewiesen, wenn einmal die Probleme jäh auf uns selbst hereinbrechen sollten. Alleingänge sind keine erfolgversprechende Alternative. ■

«Tell wacht» von Carlo Jagmetti

Buchrezension von Henry Wurz

**Verlag Freiheit und Verantwortung, 2021.
ISBN 978-3-9525556-2-0**

Der Rechtsanwalt und Generalstabsoffizier stand 35 Jahre im diplomatischen Dienst und war Schweizer Botschafter in Südkorea, bei der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel, in Frankreich und in den USA. Vom Ist-Zustand der Welt und Europas ausgehend, wird sein Szenario 2027 mit dem EU- Beitritt der Schweiz mitsamt Euro anstatt Franken fiktional. Im linken politischen Lager und bei den ausländischen Wirtschaftsführer multinationaler Grosskonzerne herrscht Freude. Beklemmend: Die Schweiz wird 2031 Mitgliedregion des Europäischen Zentralstaates EZS mit hegemonialem Hauptsitz in Frankfurt am Main. Szenenwechsel und Zeitsprung: Erschreckend die brutale Mediens Schlagzeile der «Zürcher Deutsche Zeitung» vom 1. August 2051 «Das Urnerland brennt». In Altdorf sei es zu wüsten Krawallen zwischen der «Antitellschar gegen überholte Mythen» sowie lokalen und kantonalen Polizeibeamten gekommen. Die ganze Region in Aufruhr, die Einfahrten zu den Bahn- und Strassentunnels gesperrt, Brandstiftungen und eine blutige Auseinandersetzung um die Statue des Tells mit seinem Sohn mit über 30 Toten und vielen Verletzten. Der 1. August ist seit dem Verlust der Souveränität der Schweiz an den

EZS kein Feiertag mehr. Der EZS-Hochkommissar hatte dem Bundeskomitee beantragt, alle Denkmäler und ähnliche Erinnerungen an die Schweizerische Eidgenossenschaft von 1291 bis 2027 zu zerstören. 2051 Chaos und Unruhen sogar in Bern. Das Direktorium des EZS beschliesst, Interventionstruppen in die Schweiz zu entsenden und zieht dazu 30'000 deutschsprachige Militärpersonen aus Deutschland, Österreich und Belgien zusammen. Die Entwicklung überschlägt sich, «zu unserer unabhängigen, direktdemokratischen, föderalistischen und neutralen Schweiz zurückzufinden». Eine internationale Konferenz mit den USA, dem Vereinigten Königreich, China und Russland soll Europa politisch neu gestalten. Die Schweiz findet zu Unabhängigkeit und Neutralität zurück. Am 31. Juli 2052 wird das im Vorjahr gestürzte und «sorgfältig restaurierte Denkmal von Wilhelm Tell wieder auf den Sockel gestellt». Fazit: Sicherheits- und staatspolitische Pflichtlektüre zwecks Denken des Udenkbaren, Erwarten des Unerwarteten und Planen des Ungeplanten mitsamt Angriffskriegen in Europa. ■



Bestellitalon Buch «Tell wacht»

Preis pro Exemplar: CHF 25.–, ISBN 978-3-9525556-2-0

Name / Vorname _____

Strasse / Nr. _____

PLZ / Ort _____

E-Mail _____

Telefon _____

Anzahl Exemplare _____

Folgende Mitgliedschaft / Gönnerschaft berechtigt zum Spezialpreis von Fr. 15.– zzgl. Versandkostenanteil von Fr. 2.50:

- ☐ Verein Gesellschaft und Kirche wohin?
- ☐ Stiftung Freiheit & Verantwortung

Talon einsenden an: Verlag Freiheit und Verantwortung
Zeughausstrasse 14 B, 8853 Lachen
oder online bestellen: tellwacht.ch

Nur bewaffnete Neutralität heisst Sicherheit und Unabhängigkeit

Von Ständerat Thierry Burkart

Seit dem Morgen des 24. Februars 2022 rollen russische Panzer über die ukrainische Grenze. Der Überfall zeigt schonungslos auf, dass Sicherheit und Freiheit in Europa keine Selbstverständlichkeiten sind. Die Schweiz bleibt vor Bedrohungen nicht verschont. Russland zerstört durch den Angriff auf die Ukraine die Nachkriegsordnung Europas und verstösst gegen sämtliche Prinzipien des Völkerrechtes.

Der Entscheid des Bundesrates kurz nach Kriegsbeginn, die Sanktionen der EU zu übernehmen, war richtig – die Schweiz positionierte sich auf der Seite des Völkerrechtes und machte klar, dass unser neutrales Land eine Grenzverschiebung durch einen Angriffskrieg nicht hinnehmen kann. Nichts zu tun, ist keine Option und hiesse, Partei für den Aggressor zu ergreifen.

Kritiker hingegen sprechen von einer Kehrtwende und werfen der Schweiz die Abkehr von der Neutralität vor. Diesen gilt es, klar zu widersprechen.

Es gibt kaum ein schweizerisches Prinzip, das konstant auf derart hohe Zustimmung in der Bevölkerung stösst wie dasjenige der Neutralität. Allerdings fehlt es an Verständnis, was

«Neutralität» genau bedeutet. Dieses Manko legt die Diskussion um die richtige Reaktion auf den russischen Angriffskrieg schonungslos offen.

Neutralitätsrecht lässt viel Spielraum

Das Völkerrecht ist bis heute das Fundament der gemeinsamen Werte aller Staaten. Die Neutralität hat einen völkerrechtlichen Kern. Dieser wurde 1907 in den Haager Konventionen festgeschrieben, unter Führung der USA, die damals der wichtigste neutrale Staat waren. Das Neutralitätsrecht umfasst im Wesentlichen drei Vorgaben:

- Die Schweiz darf an keinem Krieg teilnehmen. Dies bedeutet, dass keine Truppen geschickt, keine Operationsbasen zur Verfügung gestellt, keine Durchmarschrechte oder Überflugrechte gewährt, und keine Waffen aus staatlichen Beständen geliefert werden dürfen.
- Unser Land muss seine Selbstverteidigung sicherstellen und neutralitätswidrige Handlungen auf dem eigenen Staatsgebiet abwehren.
- Die kriegführenden Parteien müssen bei privaten Lieferungen von militärischen Gütern gleichbehandelt werden.



Durch diese klare Definition lässt das Neutralitätsrecht viel Spielraum in der Aussenpolitik der Schweiz, die sich im Laufe der Geschichte stetig anpasste. Die konkrete Ausgestaltung dieser Politik ist lageabhängig und muss in Funktion der aussen- und sicherheitspolitischen Interessen situativ ausgestaltet werden.

Aussenpolitik ist Interessenpolitik

Dass die Tagsatzung zur Gründung des modernen Bundesstaats 1847 bewusst darauf verzichtete, im Zweckartikel der Bundesverfassung die Neutralität festzuschreiben, war ein kluger Entscheid. Unsere Verfassungsväter definierten diese vielmehr als «Mittel zum Zweck»: Die Neutralität sollte die «angemessen erscheinende Massregel (sein), um die Unabhängigkeit der Schweiz zu sichern».

Diese Richtschnur galt allerdings nicht uneingeschränkt. Um während des Zweiten Weltkriegs zu überleben, verletzte unser Land sogar das Neutralitätsrecht. Einerseits, indem für Kriegsmateriallieferungen Staatskredite an Deutschland und Italien gewährt wurden. Andererseits indem man eine amerikanische Nachrichtenzentrale in Bern duldete, um die «richtige» Positionierung im antinazistischen Lager zu dokumentieren.

Im Kalten Krieg vertrat die Schweiz eine passive Aussenpolitik. Trotzdem beteiligte sich unser Land am Embargo gegen die kommunistischen Staaten. Die Geschichte zeigt, dass die von Kritikern herbeiphantasierte, «ganz strikte Neutralität» der Schweiz, gab es nie.

Klar ist, dass eine Aussenpolitik, die sich an das Neutralitätsrecht hält, die Sicherheit des Landes fördern muss, statt die Verteidigungsfähigkeit zu schwächen. Dieses Konzept hat sich bewährt. Deshalb wäre eine vom aktuellen Krieg geprägte Forderung nach Aufgabe der Neutralität kurzsichtig. Vielmehr würde eine Abkehr der bewährten Praxis sogar unserer Sicherheit schaden. So richtet sich die Auslegung der Aussenpolitik

stets nach den politischen Realitäten und den strategischen Interessen der Schweiz. In Zentrum müssen die Interessen unseres Landes stehen, nicht die Neutralität. Diese ist ein Mittel zur Wahrung der Unabhängigkeit. Dieser Grundsatz ist so alt wie die Schweiz und gilt weiterhin.

Heute gilt in grossen Teilen von Europa die Maxime, die Abwehr von Angriffen konsequent «im Verbund» zu realisieren. Dadurch befindet sich die Schweiz faktisch unter dem Sicherheitsschirm der NATO. Ein Beitritt zum Verteidigungsbündnis steht aus neutralitätsrechtlichen Gründen für die FDP nicht zur Debatte. Die Schweiz sollte aber den grossen Spielraum jenseits der neutralitätsrechtlichen Beschränkungen konsequent nutzen und viel enger mit der NATO zusammenarbeiten. Wer im Verteidigungsfall kooperieren will, muss vorgängig gemeinsam planen und trainieren. Gemeinschaftliches Agieren auf Basis gleicher Interessen, Werte und Normen ist kein Widerspruch, sondern eine Stärkung der sicherheitspolitischen Eigenständigkeit.



Zum Autor

Thierry Burkart, Rechtsanwalt, Ständerat Kanton Aargau, ist Präsident der FDP.Die Liberalen Schweiz und Präsident Allianz Sicherheit Schweiz.

Orientierungspunkte Neutralitätsrecht, gemeinsame Interessen und Werte

Die schweizerische Aussenpolitik muss sich an Interessen und Werten ausrichten. Wenn eine Demokratie von einem autoritären Staat völkerrechtswidrig angegriffen wird, soll sie mit dem angegriffenen Staat solidarisch sein. Die Schweiz muss Flagge zeigen, wenn die eigenen Interessen und Werte bedroht sind oder das Völkerrecht missachtet wird. Das heisst, dass wir uns Sanktionen unserer westlichen Partner anschliessen und der Bundesrat wie heute schon – gestützt auf die Bundesverfassung – Sanktionen auch eigenständig gestalten kann. Der Kern unserer Neutralität gemäss Haager Konventionen wird auch damit nicht angetastet.

Ukrainekrieg unterstreicht Bedeutung der bewaffneten Neutralität

Der Krieg in Europa hat die Sicherheitslage fundamental verändert. Dies bedeutet, dass sich die Schweiz den neuen Gegebenheiten anpassen muss und klar sagt, dass dieser gewaltsame Versuch, Grenzen zu verschieben uns als neutrales Land nicht egal sein kann. Eine Einigung hilft nur dem Angreifer. Die Erfüllung von Forderungen darf nie ein Mittel zur Eindämmung von Aggressoren sein. Dass solche Appeasement-Politik nicht funktioniert, zeigt die Geschichte. Weder Mussolini noch Hitler oder Stalin liessen sich durch das Erfüllen ihrer Forderungen besänftigen. Im Gegenteil ermutigte die Passivität die Aggressoren, ihre Interessen mit militärischer Gewalt durchzusetzen.

Dass es das Ende der Geschichte nicht gibt, führt uns der russische Angriff schmerzhaft vor Augen. Diese neue Gewissheit stellt auch die Schweiz vor Herausforderungen. Nur wer zum Schutz des Friedens auf eigenem Territorium in der Lage ist, kann ihn anderswo vermitteln. Die bündnisfreie Schweiz muss sich deshalb auf allen Ebenen gegen Bedrohungen verteidigen können.

Vor diesem Hintergrund muss die Schweiz das bewährte militärische Konzept der «bewaffneten Neutralität» unter allen Umständen weiterleben. Wenn die Schweiz will, dass in der Auseinandersetzung zwischen Demokratien und Autokratien die Werte der freien Welt obsiegen, muss sie sich entsprechend verhalten.





Schweizer Rüstungs-
material

Die bündnisfreie Schweiz muss sich auf allen Ebenen gegen Bedrohungen verteidigen können. Hierzu braucht es ein Gesamtkonzept für die Verteidigung der Schweiz. Daraus kann der Mittelbedarf abgeleitet werden. Die Schweizer Armee muss jederzeit fähig sein, den verfassungsmässigen Kernauftrag der Verteidigung zu erfüllen und einen Kampf der verbundenen Waffen zu führen.

Dies bedeutet auch, dass die eigene Rüstungsindustrie die Waffensysteme ihrer Armee einsatzfähig halten und neuen Anforderungen anpassen muss. Angesichts der Tatsache, dass die Branche mit dem Schweizer Heimmarkt allein nicht überleben kann, sind Rüstungsexporte mindestens an befreundete Staaten in jedem Falle zu ermöglichen.

Ohne eigene Rüstungsindustrie keine bewaffnete Neutralität

Die erst vor kurzem durch die Linke und die Mitte verschärfte Regelung im Kriegsmaterialgesetz hindert aber die Industrie daran. Der Streit um die Weitergabe von Munition oder Panzer, wirft ein schlechtes Licht auf unser Land. Die Schweiz wirkt nicht mehr wie ein verlässlicher Partner. Zudem widerspricht dieses strenge Gesetz unseren Interessen, da von dieser Handhabe Russland profitiert. Die Beschränkung der Nichtwiederausfuhrerklärung würde hingegen nicht gegen Neutralitätsrecht verstossen.

Einen Ausweg aus dem Dilemma bietet nur eine Gesetzesänderung. So möchte ich das Ausfuhrverbot für eine klar umrissene Gruppe von Staaten aufheben. Länder, die sich demokratischen Werten und einem vergleichbaren Exportkontrollregime wie die Schweiz verpflichten, soll es künftig wieder erlaubt sein, in der Schweiz gekauften Rüstungsmaterial weiterzugeben. Dies ist mit der Neutralität konform. Um zu verhindern, dass ein Land Waffen nur kauft, um sie sofort an eine Kriegspartei weiterzugeben, wird eine Sperre von fünf Jahren eingebaut. Erst nach Ablauf dieser Frist, dürften die Kriegsmaterialien an einen anderen Partner geliefert werden.

Verpasst es die Schweiz, das Gesetz an die Realitäten des 21. Jahrhunderts anzupassen, dann leidet nicht nur der Ruf unseres Landes, sondern es hat auch handfeste Auswirkungen auf die hiesige Industrie. Der Schweizer Heimmarkt ist für die Rüstungsproduzenten zu klein. Sie müssen exportieren können. Wird dies den Firmen untersagt, dann werden diese ins Ausland abwandern. Dies wäre der Anfang vom Ende der bewaffneten Neutralität, da sich nur ein Land mit einer eigenen Rüstungsindustrie verteidigen kann. ■



Einladung zum Fachreferat

Peter Regli

Der Divisionär aD und ehemalige Chef des Schweizer Nachrichtendienstes spricht zum Thema:

«Die Ukraine, Putin, Xi und Biden – unsere Freiheit ist bedroht»»

Mittwoch, 18. Oktober 2023

18.45 Uhr Apéro / 19.30 Uhr Beginn Referat

Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22
(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27)

Organisiert durch:

PRO LIBERTATE

www.prolibertate.ch

PIKOM

Parteiunabhängiges Informationskomitee
www.pikom.ch

Öffentlicher Anlass

«Der Wert der Neutralität»

Dienstag, 27. Juni 2023, 19.00 Uhr

Forum 1 Messe Luzern, Horwerstrasse 87, Luzern

Organisiert von der **Stiftung Freiheit und Verantwortung**

Programm

19.00 Uhr

Begrüssung

Nationalrat Franz Grüter, Präsident der Stiftung Freiheit und Verantwortung

19.10 Uhr

Impulsreferate

- Dr. René Roca, Forschungsinstitut direkte Demokratie
- Nationalrat Roger Köppel, Chefredaktor und Verleger Weltwoche

anschliessend

Podiumsdiskussion

- Manuel Bessler, aBotschafter, ehem. Delegierter für Humanitäre Hilfe und Chef SKH sowie Stellvertretender Direktor DEZA
- Franz Grüter, Nationalrat, Präsident Aussenpolitische Kommission des Nationalrats
- Tim Guldemann, aNationalrat und aBotschafter
- Roger Köppel, Nationalrat, Chefredaktor und Verleger Weltwoche
- Dr. René Roca, Forschungsinstitut direkte Demokratie

Moderation: Thomas Bornhauser, ehem. Chefredaktor Luzerner Zeitung

20.45 Uhr

Schlusswort

Nationalrat Franz Grüter

Die Teilnahme an der öffentlichen Veranstaltung ist kostenlos und bedarf keiner vorgängigen Anmeldung.

Die Schweizer Armee – Neutralität und internationale Kooperation

Von Botschafterin Pálvi Pulli

Aus sicherheitspolitischer Sicht ist es wichtig, dass die Schweizer Armee ihren Auftrag mit den ihr zugeteilten personellen und finanziellen Ressourcen möglichst optimal erfüllt – von der Verteidigung und Wahrung der Lufthoheit über die Unterstützung ziviler Behörden bis zur militärischen Friedensförderung. Dabei muss sie die rechtlichen und politischen Vorgaben einhalten, wozu auch die Neutralität gehört. Kooperation der Schweizer Armee mit ausländischen Streitkräften ist unabdingbar, weil damit die Leistungserbringung der Armee gesteigert werden kann.

Das Neutralitätsrecht erfordert im Kern, dass die Schweiz keine Partei in internationalen bewaffneten Konflikten mit militärischer Unterstützung bevorzugt. Das heisst, dass sie nicht mit Truppen in den Konflikt eingreift, keiner Kriegspartei die Benützung des schweizerischen Territoriums und Luftraums erlaubt und Rüstungslieferungen aus der Schweiz an die Kriegführenden nicht erlaubt. Im Gegenzug sind kriegführende Staaten verpflichtet, die Schweiz nicht anzugreifen. Dauernde und bewaffnete Neutralität besteht darin, dass ein neutraler Staat erklärt, in bewaffneten Konflikten neutral zu bleiben und dass er eine Armee unterhält, die bewaffnete Angriffe abhalten oder abwehren und neutralitätswidrige Aktionen Dritter auf seinem Territorium verhindern kann.

Internationale Kooperation der Armee und Neutralität sind über weite Strecken miteinander vereinbar. Unvereinbar würden sie, wenn eine Verpflichtung eingegangen würde, in der

Verteidigung – in der Abwehr eines bewaffneten Angriffs – einander militärisch beizustehen. Aus demselben Grund müssen Sachzwänge zur Kooperation in der Verteidigung vermieden werden, weil solche de facto eine ähnliche Wirkung wie eine Beistandsverpflichtung hätte. Die Armee muss sich so ausrichten, dass sie allein – ohne Unterstützung anderer Armeen und ohne Arbeitsteilung – einen bewaffneten Angriff abwehren kann; gleichzeitig muss sie auch in der Lage sein, im Fall eines Angriffs auf die Schweiz, bei dem die Neutralität hinfällig würde, ihre Verteidigungsbemühungen in der Kooperation zu verstärken.

Bei der internationalen Kooperation versus Neutralität ist es zweckmässig, zwischen folgenden Bereichen zu unterscheiden: Ausbildung, Rüstungsbeschaffung, Früherkennung und Lagebild sowie Einsätze.

Ausbildung, Training

Internationale Kooperation in der Ausbildung inklusive Übungen stösst an keine neutralitätsrechtlichen Grenzen, solange der Partnerstaat oder die Partnerstaaten nicht in einem bewaffneten internationalen Konflikt involviert, also Kriegspartei sind. Die Ausbildungskooperation schafft weder Beistandsverpflichtungen noch eine Verpflichtung, diese Zusammenarbeit beim Kriegsausbruch weiterzuführen. Wenn dieser Fall eintritt, ist Zurückhaltung geboten: es ist abzuwägen, inwieweit die konkrete Ausbildungskooperation einer Unterstützung der Armee des Partnerstaates gleichkommt.

Die Luftwaffe hat seit Jahrzehnten ein Trainingsprogramm, das regelmässige Teilnahme an multinationalen Übungen wie Tiger Meet umfasst. Die jährlichen Ausbildungsmodule im Ausland – früher in Norwegen, seit einigen Jahren in Grossbritannien – bieten Gelegenheit für Übungen, die im Schweizer Luftraum zum grossen Teil unmöglich sind. Dabei geht es weniger um gemeinsame Ausbildung mit der Luftwaffe des Gastgeberlandes als um Training von Schweizer Piloten in einer Umgebung, wo weniger Einschränkungen für Nacht-, Tief- und Überschallflüge bestehen. Die Luftwaffe kooperiert auch bilateral mit Nachbarstaaten, so z.B. in einem Übungsraum auf beiden Seiten der schweizerisch-französischen Grenze.

Die Bodentruppen stützen sich für die Ausbildung weniger auf ausländische Partner. Das ist zum Teil auf das Milizsystem zurückzuführen: Für Milizangehörige der Armee sind Ausbildungsdienste im Ausland freiwillig. Weil die Luftwaffe einen proportional grösseren Anteil von Berufspersonal hat als die Bodentruppen, hat diese Einschränkung bei der Luftwaffe weniger Auswirkungen.

Ein langjähriger und unumstrittener Aspekt internationaler Ausbildungskooperation ist die Entsendung von Schweizer Offizieren in Lehrgänge von Militärakademien und anderen Ausbildungsstätten im Ausland. Einige ausländische Offiziere nehmen auch an Ausbildungslehrgängen in der Schweiz teil.



Übung der Infanterie Offiziersschule 10



Angehöriger der Armee arbeitet in Serverraum

Rüstungsbeschaffung

In Diskussionen über die internationale Kooperation der Armee wird ein erheblicher Teil oft übersehen: die Rüstungsbeschaffung. Der Grund dürfte sein, dass Rüstungsgüter seit langer Zeit zu einem grossen Teil aus dem Ausland beschafft werden und dies in der Realität auch alternativlos ist. Von den Hauptwaffensystemen der Schweiz sind die meisten ausländischer Herkunft: aus den USA, Frankreich, Deutschland und Schweden.

Eine nationale Rüstungsproduktion komplexer Waffensysteme ist für kleine Länder nicht möglich — das gilt selbst für grössere Staaten. In den USA ist die Anzahl der Rüstungsfirmen durch wiederholte Übernahmen stark gesunken. In Europa besteht ein hoher technologischer und wirtschaftlicher Druck, Waffensysteme in internationaler Kooperation zu entwickeln. Lizenzproduktion oder Endmontage in der Schweiz, früher durchaus üblich (z.B. Leopard-Kampfpanzer, Kampfflugzeug F-5), ist mittlerweile angesichts des Aufwandes und der geringeren Beschaffungszahl wirtschaftlich weniger attraktiv, trotz des angestrebten Gewinns an Expertise.

Gebündelte Beschaffungen oder gemeinsame Beschaffungsprojekte mit anderen Staaten sind aus Optik der Neutralität unproblematisch. Voraussetzung ist auch in diesem Bereich, dass dadurch keine Sachzwänge zur Kooperation in der Verteidigung geschaffen werden. Gegen solche Vorhaben sprechen allerdings praktische und politische Gründe, insbesondere unterschiedliche nationale Anforderungen, politische Entscheidungsmechanismen und Zeitpläne.

Früherkennung und Lagebild

Die Schweizer Armee kooperiert international auch zur frühzeitigen Erkennung und Einschätzung von Bedrohungen. Eine lang geübte Praxis ist der Austausch von Informationen und Erkenntnissen mit Nachrichtendiensten und weiteren sicherheitspolitisch und militärisch kompetenten Behörden ausgewählter internationaler Partner. In den letzten Jahren sind zwei grössere Projekte hinzugekommen, die das Lagebild der Schweiz verbessern.

Unter dem Titel Air Situation Data Exchange tauscht die Schweiz mit der NATO Luftlagedaten aus, die für den Luft-

polizeidienst im Alltag nützlich sind. Nicht ausgetauscht werden militärisch sensible Daten. Die Vereinbarung enthält eine Klausel, die es der Schweiz jederzeit erlaubt, den Datenaustausch einseitig und für eine von der Schweiz festgelegte Dauer zu suspendieren. Damit wird eine Verletzung der Neutralität für den Fall verhindert, dass die NATO als Kriegspartei in einen internationalen bewaffneten Konflikt involviert wäre. Diese neutralitätsbedingten Einschränkungen haben allerdings den Preis, dass dieser Informationsaustausch keinen Beitrag zur Verteidigung der Schweiz leisten kann.

Ein zweites Projekt ist die vorgesehene Teilhabe am französischen Satellitenaufklärungsprojekt Composante spatiale optique. Satellitenbilder mit hoher Auflösung spielen in der Aufklärung eine wichtige Rolle, und die Schweiz ist bislang auf kommerzielle Anbieter angewiesen. Auch diese internationale Kooperation mit Frankreich ist so ausgestaltet, dass sie mit der Neutralität kompatibel ist: Die Schweiz kann von Frankreich Leistungen beziehen, die Zusammenarbeit aber aus Neutralitätsgründen jederzeit suspendieren.

Einsätze

Neutralitätsrechtlich und -politisch heikler ist die internationale Kooperation im Einsatz, sei es beim Schutz des Luftraums, in der militärischen Friedensförderung oder gar – in der aktuellen Lage hypothetisch – in der Verteidigung. Unbedenklich ist Kooperation der Armee mit ausländischen Streitkräften in der Katastrophenhilfe oder für andere humanitäre Zwecke

ausserhalb eines internationalen bewaffneten Konflikts. Ein solcher Einsatz ist von Neutralitätsfragen unberührt.

Auch die Kooperation zum Schutz des Luftraums in Friedenszeiten ist eingespielte Praxis und unproblematisch. Die Schweiz hat mit Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich Abkommen abgeschlossen, um zur Sicherung des Luftraums gegen nichtmilitärische Bedrohungen zu kooperieren. Dadurch kann die Luftwaffe schneller eingreifen, wenn sich eine (zivile) Bedrohung im grenznahen Luftraum abzeichnet, und auch die grenzüberschreitende Begleitung ist geregelt. Gelegentlich wird die Forderung erhoben, die Schweiz solle aus Effizienzgründen die Wahrung der Lufthoheit im Verbund mit einem Nachbarland (z. B. Österreich) wahrnehmen. Im Alltag ist es fraglich, ob in der Praxis die Effizienz gesteigert werden könnte, ganz zu schweigen von Souveränitätsfragen, wenn innert Minuten über den Abschuss eines bedrohlichen Flugzeugs über dem Territorium des Nachbarlandes entschieden werden müsste. In einem bewaffneten Konflikt wäre eine solche Kooperation nicht konform mit der Neutralität.

Militärische Friedensförderung findet immer in einem internationalen Rahmen statt, und die Teilnahme von Milizangehörigen erfolgt auf freiwilliger Basis. Die grössten laufenden Einsätze, an denen die Schweiz teilnimmt, sind die KFOR in Kosovo (unter NATO-Führung) und die Eufor Althea (EU-Führung) in Bosnien und Herzegowina. Gemäss Militärgesetz kann die Schweizer Armee nur an Einsätzen teilnehmen, die auf einem UNO-/OSZE-Mandat beruhen. Damit wird eine



Katastrophenhilfe im Einsatz, Hundeführer mit Diensthund in Trümmer, Suchen und Retten (Demonstration 2019)

Verletzung des Neutralitätsrechts ausgeschlossen: Vom UN-Sicherheitsrat mandatierte militärische Operationen sind völkerrechtlich nicht internationale bewaffnete Konflikte, sondern völkerrechtlich legitimierte Interventionen gegen eine völkerrechtswidrige Gewaltanwendung. Zudem verbietet das Militärgesetz die Teilnahme an Kampfhandlungen zur Friedens erzwingung, was allerdings kein Gebot der Neutralität ist, sondern politischen Erwägungen entspringt.

Als neutraler Staat kann die Schweiz weder militärische Hilfe von anderen Staaten beanspruchen oder annehmen noch andere Staaten, die Partei in einem internationalen bewaffneten Konflikt sind, militärisch unterstützen. Bei einem bewaffneten Angriff auf die Schweiz hingegen würden die neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen hinfällig; sie wäre frei, sich in der Verteidigung im Verbund mit anderen Staaten zu organisieren. Seit vielen Jahren ist es ein erklärtes sicherheitspolitisches Ziel, dass die Armee zu militärischer Zusammenarbeit in der Verteidigung fähig sein soll, aber ohne dazu Beistandsverpflichtungen einzugehen. Ohne diese Fähigkeit – die Interoperabilität – hätte die Schweiz die Möglichkeit nicht, sich gemeinsam etwa mit den umliegenden Staaten effektiv zu verteidigen. Somit: Als neutraler Staat strebt die Schweiz an, die Verteidigung im Rahmen ihrer Möglichkeiten selbstständig zu organisieren. Die Schweiz will aber die Option haben, dies bei Bedarf im Verbund machen zu können, und diese Fähigkeit muss geübt sein.

Eine besondere Form militärischer Unterstützung ist die Gewährung von Transitrechten – in der Regel in der Luft, seltener auf dem Boden – für ausländische Streitkräfte. Soweit es sich dabei um Staaten handelt, die sich nicht in einem Krieg befinden, stellen sich keine Probleme mit Bezug zum Neutralitätsrecht. Das ist auch dann der Fall, wenn der Transit einem vom UN-Sicherheitsrat mandatierten Einsatz dient. Bei militärischen Einsätzen ohne explizites UN-Mandat (z. B. der NATO-Luftoperation gegen Serbien 1999 oder der Intervention der USA im Irak 2003) ist es aber anders: Die Schweiz hat in diesen Fällen Transitgenehmigungen nur für medizinisch und humanitär begründete Flüge erteilt.

Überlegungen für die Zukunft

Seit dem bewaffneten Angriff Russlands auf die Ukraine wird die Verteidigungsfähigkeit der Armee breiter diskutiert als vorher. Die Armee kann mit mehr finanziellen Ressourcen rechnen als noch vor einem Jahr – selbst wenn diese nicht ganz so schnell erhöht werden dürften wie 2022 durch das Parlament beschlossen.

Auch die Neutralität wird intensiver und in einer breiteren Öffentlichkeit als früher diskutiert, wobei diese Diskussion weniger das Neutralitätsrecht als die Neutralitätspolitik betrifft – also die Massnahmen, welche die Schweiz über die rechtlichen Verpflichtungen hinaus ergreift, um die Glaubwürdigkeit ihrer Neutralität zu stärken. Es geht darum, wie die Neutralität ausgestaltet und die Freiräume genutzt werden sollen.

Ein erheblicher Teil des politischen Spektrums fordert, dass die Schweizer Armee in Zukunft enger mit der NATO zusammenarbeiten soll. Der Zusatzbericht des Bundesrats vom September 2022 zum Sicherheitspolitischen Bericht zeigt dafür verschiedene Möglichkeiten auf, die seither gemeinsam mit den Partnern vertieft werden. Auch soll die Fähigkeit zur Zusammenarbeit in der Verteidigung verbessert werden, ohne Verpflichtungen oder Sachzwänge einzugehen. Denkbar sind auch Übungen im ganzen Spektrum inklusive gemeinsame



Zur Autorin

*Botschafterin **Pálvi Pulli**, Lic. ès lettres an der Universität Neuchâtel inkl. Studien in Grossbritannien, Leiterin Sicherheitspolitik VBS seit 2018. Seit 1999 in verschiedenen Funktionen im Bereich Sicherheitspolitik, u.a. als Referentin für Auslandskontakte des Chefs VBS, Zuständige für Sonderaufgaben im Stab Sicherheitsausschuss des Bundesrates, als Referentin für Auslandskontakte und Bundesratsgeschäfte im Stab der Chefin EJPD, als Stv. Direktorin internationale Polizeikooperation in fedpol.*

Verteidigung. Es ist aber noch offen, wie weit diese führt; dies hängt nicht nur von der Schweiz ab, sondern auch von der NATO. Klar ist, dass ein Kooperationspartner substanzielle Eigenleistungen und Beiträge erbringen soll. Umso wichtiger ist es, die Verteidigungsfähigkeit der Schweizer Armee zu stärken – mit den zusätzlichen Mitteln sollte das rascher möglich sein als geplant. Die russische Aggression gegen einen souveränen Nachbarstaat, welche nicht nur eine massive Verletzung des Völkerrechts sondern auch eine Bedrohung der gesamten europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung darstellt, legt nahe, dass die Vertiefung der sicherheitspolitischen und militärischen Kooperation mit den europäischen Partnern auch nötig ist.

Alle diese Formen der internationalen Zusammenarbeit sind mit der Neutralität kompatibel. Die Armee respektiert die Einschränkungen der Neutralität vollumfänglich und bewegt sich mit ihren internationalen Aktivitäten stets im Rahmen der rechtlichen und politischen Vorgaben. Sie ist aber mehr denn je auf internationale Kooperation angewiesen, um ihr Lagebild zu verbessern, eine adäquate Ausrüstung und Ausbildung sicherzustellen, ihre Fähigkeiten weiterzuentwickeln und im Bedarfsfall auch für eine gemeinsame Verteidigung bereit zu sein. Wenn diese Kooperation infolge einer strikteren Auslegung der Neutralität verringert werden sollte, ginge dies zulasten der Fähigkeiten und Bereitschaft der Armee und damit der Sicherheit der Schweiz. ■

«Für die Freiheit im Einsatz»



Werden Sie Mitglied von Pro Schweiz!

Wir kämpfen leidenschaftlich und kompromisslos für die Schweiz.

Vorname _____

Name _____

Strasse _____

PLZ _____

Ort _____

E-Mail _____

☐ Mitglied (Jahresbeitrag 45 Fr.)

☐ Gönner (100 Fr.)

☐ Sympathisant (freier Beitrag)

Ich bestelle kostenlos:

☐ Expl. Kleber Pro Schweiz



Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizra

www.proschweiz.ch



Pro Schweiz, Postfach, 3822 Lauterbrunnen
Tel. 031 356 27 27, info@proschweiz.ch
PC-Konto: 30-10011-5
IBAN CH91 0900 0000 3001 0011 5

Impressum

Herausgeber

Stiftung **Freiheit
& Verantwortung**



Parteiunabhängiges Informationskomitee
www.pikom.ch



www.proschweiz.ch

Verlag

Verlag **Freiheit
& Verantwortung**

Zeughausstrasse 14 B, 8853 Lachen
www.fuv.ch

Grafik, Druck und Auflage

Grafik & Layout: admotion.ch
Druck: Coloroffset AG, Bern
Auflage: 10'000 Exemplare

© Copyright: Die Wiedergabe von Artikeln
und Bildern, auch auszugsweise oder
in Abschnitten, ist nur mit ausdrücklicher
Genehmigung der Redaktion gestattet.
April 2023

Unterstützung / Spenden / Nachbestellungen:

Nachbestellung zu 5 Fr. / Expl. über info@fuv.ch
Unterstützungsbeiträge über Konto 60-311317-3
der Stiftung Freiheit & Verantwortung,
Zeughausstrasse 14 B, 8853 Lachen.

IBAN CH05 0900 0000 6031 1317 3

Fotos:

Seite 8, 9, 12: Historische Mediathek
Seite 10, 17, 18: Adobe Stock
Seite 1, 10, 20, 22, 25, 26: VBS
Seite 5, 6, 11, 14, 16, 19, 21, 27: zvg
Seite 3, 4, 7, 13, 15: Andere Quellen